

Die Heimwehren 1927–1929: Die Steiermark und der Bund

Von Lothar H ö b e l t

I. Einleitung

Die paramilitärischen Verbände der Zwischenkriegszeit, Schutzbund und Heimwehren,¹ werden meist in einem Atemzug genannt. Sie weisen – bei aller weltanschaulichen Gegensätzlichkeit – von ihrer Phänomenologie nahezu zwangsläufig viele Parallelen auf. Selbst von den altösterreichischen Generälen, den „Soldatenschindern und Schlachtenverlierern“, über die sich die Sozialdemokratie gerne lustig machte, fanden sich einige auch in den Reihen des Schutzbundes. Diese Parallelität zeichnet vielleicht auch dafür verantwortlich, dass die Heimwehren als Gegenpol des Schutzbundes in einer breiten Öffentlichkeit den Ruf einer „schwarzen“ Parteiarmee genießen, mit Ausnahme von Pfrimern Steirern, die 1933 zur NSDAP abschwanken. Übersehen wird dabei nicht bloß die beachtliche Rolle von großdeutschen oder landbündlerischen Parteigängern in ihren Reihen, sondern auch der genuin überparteiliche, lagerübergreifende, wenn auch keineswegs unpolitische Charakter, den die Heimwehren anstrebten.

In ihrem Verhältnis zur Politik und zu den Parteien lassen sich jedenfalls große Unterschiede zwischen den Wehrverbänden der Linken und der Rechten ausmachen. Es ergibt sich hier, schematisch betrachtet, ein nahezu gegenläufiges Muster: Die Arbeiterwehren begannen als dezentrale Formationen, die zwar im Umfeld der Sozialdemokratie angesiedelt waren, doch unabhängig von der Partei als Exekutivorgane lokaler Arbeiterräte agierten. Erst 1923 wurden sie mit den Ordnerschaften der Partei zum Republikanischen Schutzbund vereinigt, formal organisiert als ein österreichweiter Zentralverein; der „Primat der Politik“, sprich: der Parteigremien, wurde bei aller Kritik an der „Militarisie-

¹ Zur Verminderung von Missverständnissen verwende ich den Plural für die österreichweite Bewegung, den Singular Heimwehr bzw. Heimatschutz für spezifische Formationen.

nung“ des Schutzbundes, wie sie z. B. Theodor Körner bei seinem Ausscheiden 1931/32 formulierte, bis zum 11. Februar 1934 nie ernsthaft in Frage gestellt. Zentralisierung bedeutete im Falle der Arbeiterwehren Integration in und Unterstellung unter die Partei.²

Bei den bürgerlichen Wehrformationen verlief dieser Prozess in der umgekehrten Richtung. Die mehr oder weniger spontan entstandenen Selbstschutzverbände der unmittelbaren Nachkriegszeit wurden bald auf regionaler Ebene der Aufsicht von Parteienvertretern unterstellt, unter Einbeziehung aller drei bürgerlichen Parteien, die hier – ohne Rücksicht auf die Größenunterschiede – vielfach paritätisch vertreten waren. Zentralisierung bedeutete vor diesem Hintergrund fast immer auch Emanzipation von den Parteien. Diese Bestrebungen gingen in den turbulenten Jahren 1921/22 mit auswärtigen Einflüssen einher, insbesondere von bayerischer Seite. Damals wurde zum ersten Mal auch der Einfluss von Bundeskanzler Ignaz Seipel wirksam, der in der Sanierungskrise Rückhalt suchte, seine Unterstützung aber von der Einigung der Bewegung abhängig machte und in diesem Zusammenhang erste Sträuße mit dem Tiroler Heimwehrchef, dem christlichsozialen Bundesrat Richard Steidle, ausfocht.³

Eine solche Einigung kam nicht zustande. Als Ergebnis war statt einer Institutionalisierung ein Abflauen der Bewegung festzustellen, gerade in dem Zeitpunkt, als die Gründung des Schutzbundes erfolgte, der freilich auch als Reaktion auf die Umpolitisierung des Bundesheeres gedacht war, wie sie der christlichsoziale Langzeit-Heeresminister Karl Vaugoin ab 1922 in Angriff nahm, die in der Anfangszeit freilich noch durch diverse Kompromisse abgedeckt wurde und ihre Erfolge erst um 1927 zeitigte, als bei den Wahlen zur Soldatenvertretung der christlichsoziale Wehrbund erstmals die Mehrheit erlangte.⁴ Die „ruhigen Jahre“ der „Länderregierung“ Ramek 1924/26 wurden zwar immer wieder durch Bankenzusammenbrüche und Korruptionsvorwürfe

² Christine VLCEK, *Der Republikanische Schutzbund in Österreich. Geschichte, Aufbau und Organisation*, phil. Diss. Wien 1971, 23, 59, 67f., 89; Finbarr McLOUGHLIN, *Der republikanische Schutzbund und gewalttätige politische Auseinandersetzungen in Österreich 1923–1934*, phil. Diss. Wien 1990, 20ff.; Otto NADERER, „Ausrückender Stand 16.728!“ *Der Republikanische Schutzbund und die militärische Vorbereitung auf den Bürgerkrieg*, geisteswiss. Diss. Salzburg 2003, 154ff.

³ Ludger RAPE, *Die österreichischen Heimwehren und die bayerische Rechte 1920–1923*, Wien 1977, 290, 296, 308, 343.

⁴ Karl HAAS, *Austromarxismus und Wehrfrage. Zur militärpolitischen Pragmatik der österreichischen Sozialdemokratie in der Ersten Republik*, Wien 1985, 208f., 241.

gestört, im Vergleich zu den Jahren davor und danach waren jedoch vermutlich tatsächlich viel weniger blutige Zusammenstöße zu verzeichnen.⁵

Diese Ruhe war freilich erkaufte durch die Hinnahme eines gewissen Ungleichgewichts in der öffentlichen Präsenz der Wehrverbände. Der Schutzbund veranstaltete z. B. 1925 mehrere größere Aufmärsche, nicht bloß in seinem „eigenen Revier“, sondern auch in bürgerlichen Hochburgen, wie z. B. in Krems.⁶ Kundgebungen bürgerlicher oder rechter Wehrverbände wurden von „roten“ Bürgermeister*innen hingegen mehrfach blockiert oder zur Absage genötigt, so z. B. in Linz ein Veteranentreffen des Edelweißkorps 1924 oder ein Frontkämpferaufmarsch 1925.⁷ Dieser Befund widersprach der Formel Seipels, der später einmal seine Unterstützung der Heimwehren ausdrücklich mit dem Argument rechtfertigte: „Wenn die Straße ein Argument ist, darf sie kein Privileg der Sozialdemokratie sein.“⁸

Politisch begab sich die Sozialdemokratie auf unsicheres Terrain, als sie ab 1925 offen mit der Obstruktion im Parlament drohte, sobald es sich um Vorlagen handelte, die zentrale Interessen ihrer Anhängerschaft berührte, wie z. B. die Reform des Mieterschutzes, auf die von christlichsozialer Seite deshalb 1925 zunächst auch tatsächlich verzichtet wurde.⁹ Zu Zeiten der Monarchie hatte die Partei die Obstruktion verurteilt, um der Regierung nicht einen Vorwand zum Rückgriff auf den berühmten § 14 zu liefern. Ohne Kaiser und ohne Notverordnungsparagraphen fielen derlei Hemmungen offensichtlich weg. Die für die Sozialdemokratie erfolgreichen Wahlen vom April 1927 leiteten eine Phase der Polarisierung ein. Während das offizielle Heimwehr-Blatt seiner Enttäuschung Ausdruck verlieh: „Die Entscheidung ist gefallen. Auf parlamentarischem Wege kann eine Rettung Österreichs vor der drohenden Katastrophe nicht erwartet werden“,¹⁰ verschärfte auch die Sozialdemokratie ihre Gangart, indem sie auch im Verfassungs- und Zollausschuss mit der Obstruktion einsetzte, ja mit einer Ausdehnung auf das Plenum drohte.

⁵ Gerhard BOTZ, *Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918–1938*, München 2. Aufl. 1983, 349f.

⁶ VLCEK, *Schutzbund* (wie Anm. 2), 95.

⁷ *Linzer Tagespost* 6., 8. u. 11.6.1924 („Linz, die Stadt des roten Terrors“); rückblickend in Hinblick auf eine Gedenkveranstaltung für Admiral Haus auch *Grazer Volksblatt*, 22.9.1928.

⁸ *Kriegsarchiv Wien*, Nl. Diakow (B:727), Mappe 32, fol. 46.

⁹ Walter LUKAN, *Der Kampf um den Mieterschutz in der Ära Seipel 1922–1929*, geisteswiss. Diss. Wien 2005, 193.

¹⁰ *Heimatschutz-Zeitung* (Klagenfurt), 28.4.1927; ähnlich „*Der Frontkämpfer*“ (1.5.1927): „Wir haben ja seit jeher gesagt, daß es mit dem Stimmzettel allein nicht gehen wird“; dagegen schrieben die „*Vaterländischen Blätter für Niederösterreich*“ damals (15.6.1927) noch: „Zum Faschismus fehlt dem Österreicher jegliches Talent und wir brauchen ihn auch nicht.“

Für eine breitere Öffentlichkeit mögen die – in der gegnerischen Presse, wie so oft, aus dem Zusammenhang gerissenen – Debatten über den passenden Zeitpunkt für die Errichtung der Diktatur des Proletariats auf dem Linzer Parteitag im November 1926 größeren Eindruck gemacht haben. Für die politische Elite war die Situation vor dem 15. Juli 1927 hingegen gekennzeichnet durch die Blockade im Parlament, das wochenlang nicht mehr zusammentrat – und durch das Eingeständnis Otto Bauers, dass er für die Kompromisse, die er mit Seipel z. B. in der Behandlung der Zollfragen ausgehandelt hatte, in der eigenen Partei keine Mehrheit fände.¹¹ Deshalb wurde nach dem Desaster des 15. Juli auch mit der Möglichkeit gerechnet, dass die österreichische Sozialdemokratie – wie alle anderen marxistisch orientierten Arbeiterparteien Kontinentaleuropas – auseinanderbrechen könnte.¹²

Die Ereignisse des 15. Juli waren aus dieser Perspektive nicht Ausgangspunkt einer Eskalation, sondern Endpunkt. Sie führten – bei aller Polemik und Bitterkeit – zu einem zumindest teilweisen Einlenken der Sozialdemokratie, die ihre Obstruktion wiederum auf den Mieterschutz beschränkte. Seipel resümierte: Die Sozialdemokraten „sollen zeigen, ob sie wirklich wie in den letzten zwölf Monaten durch Obstruktion die positive Arbeit verhindern wollen – vor der ganzen Welt oder nicht. /.../ Das Majoritätsprinzip müsse wieder zur Geltung kommen. /.../ Die volle Nachgiebigkeit der Sozialdemokraten in den beiden letzten Sitzungen ist ein Beweis, dass diese Herren auch anders können.“¹³

Unabhängig von den aus der Luft gegriffenen Unterstellungen, die Demonstrationen des 15. Juli hätten einen Griff nach der Macht bedeutet, wurde das Ergebnis – bei Freund und Feind – als Niederlage der Partei diagnostiziert, die ihre Anhänger nicht im Griff habe. Es waren auch nicht die bewaffneten Wehrverbände, die für den blutigen Konflikt verantwortlich zeichneten, ihn

¹¹ Archiv der Republik (AdR), Großdeutsche Volkspartei (GDVP) 7, Klubprotokolle 17.5., 30.6., 14.7.1927. Interessanterweise findet dieses Problem keine Erwähnung in Bd. 5 der Wissenschaftlichen Kommission des Theodor-Körner-Stiftungsfonds und des Leopold-Kunschak-Preises zur Erforschung der österreichischen Geschichte der Jahre 1918 bis 1938: Die Ereignisse des 15. Juli 1927. Protokoll des Symposiums in Wien am 15. Juni 1977, Wien 1979.

¹² Ironischerweise wurde als Führer des radikalen Flügels ausgerechnet der Abg. Franz Zelenka genannt, dessen Konflikt mit der Partei der Regierung Dollfuß im Sommer 1932 zur parlamentarischen Mehrheit verhalf; Zelenka soll in seiner Jugend angeblich Mitglied des Katholischen Volksbundes gewesen sein. AdR, GDVP 7, Klub 25.7.1927; Oberösterreichische Rundschau, 23.8.1924, 5.

¹³ Fritz FELLNER/Doris CORRADINI (Hg.), Schicksalsjahre Österreichs. Die Erinnerungen und Tagebücher Josef Redlichs 1869–1936, Bd. II: Tagebücher 1915–1936 (= Veröffentlichungen der Kommission für neuere Geschichte Österreichs 105/II), Wien 2011, 652 (6.8.1927).

auslösten oder auch nur fortsetzten. Im Gegenteil: Der Schutzbund war in den kritischen Stunden in Wien eben nicht aufgeboden worden, sondern hatte nur nachträglich unter Koloman Wallisch in Bruck überreagiert.¹⁴ Erst der unbefristete Verkehrsstreik, von der Parteiführung zur Beruhigung der aufgebrachtten Anhänger proklamiert, bescherte den Heimwehren eine willkommene Chance zur Profilierung: Denn die Rücknahme des Streikbeschlusses wurde – auch in Erinnerungen sozialdemokratischer Politiker – in erster Linie auf das Ultimatum der Heimwehren zurückgeführt.¹⁵

Dieses Image des Drachentöters leitete einen raschen Aufstieg der dahindämmernden Heimwehrbewegung ein, die jetzt auch von Seipel wiederum massiv in sein Kalkül einbezogen wurde. Noch im Februar 1927, unmittelbar nach den Schattendorfer Ereignissen, waren sich die Heimwehren dieser Unterstützung keineswegs so sicher gewesen.¹⁶ Parallel zum wiedererwachten Interesse des Kanzlers und der Wirtschaft an den Heimwehren stellte sich – wie schon 1922/23 – die Frage der bundesweiten Zusammenfassung (und Disziplinierung) der verschiedenen, auf höchst unterschiedlichem Niveau operierenden lokalen Verbände.¹⁷ Nur in Tirol und in Vorarlberg genossen die Heimwehren bisher offiziellen Status und waren vom Landeshauptmann als Hilfspolizei anerkannt. Selbst in diesen beiden Ländern zeitigte dieser Status ganz unterschiedliche Auswirkungen: In Vorarlberg verstärkte er den unpolitischen Charakter der Heimwehr, die auf den Ruf des Landes(-hauptmannes)

¹⁴ Vgl. die Debatten über das „Sowjetgebiet Bruck/Mur“ in Stenographische Protokolle des Nationalrates (StPNR), III. Gesetzgebungsperiode, Bd. 1 (Wien 1928), 213–216; McLOUGHLIN, Schutzbund (wie Anm. 2), 206.

¹⁵ Julius DEUTSCH, Ein weiter Weg. Lebenserinnerungen, Zürich 1960, 169, 172.

¹⁶ Aufschluss darüber gibt das Protokoll der Bundesleitungssitzung in Salzburg am 23.2.1927 im Nachlass des oberösterreichischen Stabschefs Major Friedrich Mayer (Privatbesitz Linz). Geplant waren Großdemonstrationen und eine Vorsprache mit „ultimativem Charakter“ bei Seipel am 6. März, doch führte Steidle aus: „... wir haben aber weder das /.../ Geld, noch auch die Presse zur Verfügung. Diesbezügliche Schritte durch Nat.Rat Klimann haben einen negativen Erfolg gezeitigt, da sowohl die Industriellen, als auch die Presse nur einer Weisung Seipels gehorcht.“

¹⁷ Vgl. das Tagebuch Anton Apolds (Privatbesitz Salzburg), 3.10.1927, über eine Aussprache bei Seipel mit dem geschäftsführenden Vizepräsidenten des Hauptverbandes der Industrie, SCH Robert Ehrhart, dem Präsident der Sektion Steiermark, Ludwig Kranz, und Generaldirektor Richard Knauer von Felten & Guilleaume: „S. teilte uns mit, dass nach seinen Informationen zwischen S.S. und H.W. noch immer eine Spaltung bestehe. S. bemerkt, daß die H.W.-Führer sich bei ihren agitatorischen Reden auf das politische Gebiet begeben. Wir sagten zu, in beiden Punkten eine Untersuchung anzustellen und die Übelstände aus der Welt zu schaffen.“ Vgl. auch Ernst HANISCH, Industrie und Politik 1927–1934: Dr. Anton Apold, Generaldirektor der Alpine-Montan-Gesellschaft. In: Michael PAMMER et al. (Hg.), Erfahrung der Moderne. Festschrift für Roman Sandgruber zum 60. Geburtstag, Stuttgart 2007, 241–253, hier 248.

wartete; in Tirol benutzte Steidle diese Rückendeckung, um über sein Land hinaus politische Akzente zu setzen, z. B. mit einer vielbeachteten Rede in Wels im Juni 1927, in der er dem österreichischen Bürgertum, das „an Zaghaftigkeit, Selbsttäuschung und Indolenz seinesgleichen sucht“, die Leviten las.¹⁸

Besondere Aufmerksamkeit galt ab 1927 naturgemäß der Steiermark. Es war der Obersteirer Walter Pfrimer, der im Juli 1927 das berühmte Ultimatum ergehen ließ. Seine Aktionen mögen für sich genommen keinen so überwältigenden Eindruck hervorrufen. Die AZ sprach von ein paar Haltestellen auf offener Strecke, die von den Heimwehren besetzt worden seien; selbst die Heimwehr-Chronik verzeichnet als Höhepunkt bloß den Sturm auf den Bahnhof von Scheifling.¹⁹ Ein Mitarbeiter schrieb rückblickend, dass Pfrimer sich zwar damit brüstete, 6.000 Mann aufgeboten zu haben, tatsächlich aber nur über 600 verfügte.²⁰ Wie immer man auch das Bild zurechtstutzen mag, wenn Steidle im Osten Österreichs aktiv werden – oder auch den Osten aktivieren – wollte, so führte kein Weg um die Steirer herum. Erst ab dem Sommer 1929 ergab sich mit dem jungen Fürsten Ernst Rüdiger Starhemberg in Oberösterreich eine Alternative (die Steidle allerdings noch viel weniger genehm war).

Die Grundzüge der Entwicklung der österreichischen Heimwehren sind von zwei Amerikanern schon vor Jahrzehnten kompetent, unter Heranziehung von in den sechziger Jahren noch lebenden Zeitzeugen, nachgezeichnet worden.²¹ Glücklicherweise steht für die steirische Bewegung dieser Jahre mit dem Nachlass des „Stabsleiters“ der Jahre 1927/28, des altösterreichischen Offiziers und Militärhistorikers Jaromir Diakow,²² eine zusätzliche, reichhaltige Quelle zur Verfügung, die es erlaubt, den Prozess der Integration der Steirer – sowohl innerhalb des Landes als auch der Steirer in den Bund – im Detail zu verfolgen. Neben einer allerdings erst 1966 verfassten historischen Skizze handelt es sich dabei insbesondere um die Korrespondenz Diakows mit seinem sehr viel bekannteren und hintergründigeren Pendant als Stabschef der Bundesleitung in

¹⁸ Ein Exemplar der Rede findet sich im Nl. Diakow, Mappe 40.

¹⁹ Vgl. auch die Prozessberichterstattung im Grazer Tagblatt, 1.3.1928.

²⁰ Nl. Diakow 41, Diakow an Pabst, 3.1.1928.

²¹ Clifton E. EDMONDSON, *The Heimwehr and Austrian Politics, 1918–1936*, Athens, Ga. 1978 – als Dissertation schon 1966 abgeschlossen; Bruce F. PAULEY, *Hahnenschwanz und Hakenkreuz. Der Steirische Heimatschutz und der österreichische Nationalsozialismus 1918–1934*, Wien 1972, 49–62.

²² Vgl. Walter BLASI, *Vom Fin de siècle bis zur Ära Kreisky. Erlebte österreichische Geschichte am Beispiel des Jaromir Diakow* (= Beiträge zur neueren Geschichte Österreichs 5), Frankfurt/M. 1996. Diakow war der Sohn eines ukrainischen Ministerialbeamten; er sagte einmal von sich, er lehne es ab, „mich hier als Deutscher aufzuspielen“ (Nl. Diakow 40, Gedächtnisprotokoll Aussprache mit Pfrimer, 20.10.1927).

Innsbruck, dem gebürtigen Preußen Waldemar Pabst,²³ die Einblick gewährt in die Querelen dieser Jahre, die vielen späteren Frontstellungen zuwiderliefen.

Die Heimwehren der Steiermark zerfielen Mitte der zwanziger Jahre – wie Cäsars Gallien – in drei Teile. In der Untersteiermark gab es als Legat der Grenzkämpfe von 1919 die Überreste des Brodmann'schen Bauernkommandos unter Major Gierlinger, mit Zentrum in Radkersburg. Die Obersteiermark war das Reich von Pfrimers „Heimatschutz“, der schon 1922 sein erstes, vielleicht viel dramatischeres Gesellenstück absolviert hatte, als er die Gendarmen seines späteren Weggefährten, des Oberinspektors August v. Meyszner, in Judenburg-Waltendorf aus einer gefährlichen Lage befreite. Der Rest der Heimwehren, um Graz gruppiert, entsprach dem gängigen Muster der paritätischen Führung durch Repräsentanten der politischen Parteien: Ahrer für die Christlichsozialen, Patterer für die Großdeutschen, Winkler für den Landbund. Der erste Schritt der Emanzipation von den Parteien begann, als Ahrer nach seiner Ernennung zum Finanzminister 1924 die Leitung an Baron Reinhart Bachofen-Echt übergab; der zweite Schritt, als neben den politischen Funktionären am 15./16. Juli 1927 offenbar ad hoc eine parallele militärische Führungsstruktur geschaffen wurde, bestehend aus General Anton Gottwald als Kommandant und Diakow als seinem Stabschef.

Die Persönlichkeiten, die dabei in den Vordergrund traten, waren typisch für die alten Eliten und ihre politische Verankerung bzw. den Mangel einer solchen. Die Bachofens zählten zum verfassungstreuen Großgrundbesitz, der seit 1918 politisch heimatlos war.²⁴ Die Verklammerung der „Verfassungstreuen“ mit den Deutschfreiheitlichen war auf die Situation in Böhmen zurückzuführen; in den Alpenländern nahmen sie vielfach die Stellung einer Mittelpartei ein, die zu den Volksparteien nationaler wie katholischer Färbung bewusste Distanz hielt. Berufsoffiziere – in der Monarchie ohne aktives oder passives Wahlrecht – waren erst recht mit der Distanz zu Parteien, vielleicht

²³ Pabst galt als Organisator des Kapp-Putsches 1920, vielfach wurde ihm auch Komplizenschaft bei der Ermordung Rosa Luxemburgs vorgeworfen; Seipel verteidigte ihn im Parlament einmal, Pabst sei immerhin Stabschef des sozialdemokratischen Reichswehrministers Noske gewesen: „Es ist möglich – ich will es nicht behaupten – daß er in dieser Umgebung sozialdemokratische Methoden gelernt hat, die er nun von der anderen Seite her anzuwenden versucht.“ (StPNR III 1626, 3.10.1928).

²⁴ Egon und Heinrich BERGER-WALDENEGG, Biographie im Spiegel. Die Memoiren zweier Generationen, Wien 1998, 379 zählt auch Bachofen zur „radikal-nationalen Richtung“. Die Bemerkung bezog sich auf die Jahre 1932/33, als Bachofen keine große Rolle mehr spielte; Berger-Waldenegg, von Starhemberg 1933 als Landesführer eingesetzt, war erst 1929 in die Steiermark übersiedelt.

auch zum Parlamentarismus als solchem, groß geworden. Über Gottwald fehlen in dieser Beziehung alle näheren Indizien; Diakow fand sich mit dem Landbündler Winkler in der Selbstdefinition „weit von der christlichsozialen Partei entfernt, aber ein Freund Rintelens“. Dass er z. B. 1929 die Gründung einer neuen nationalen Partei als Notwendigkeit betrachtete, hat seine Gegensätze zu Pfrimer und Rauter nicht gemildert, sondern weist vielmehr auf seine Geringschätzung der bestehenden Großdeutschen Volkspartei hin, die „keine rechte Rolle mehr spielt, aber wo, so im Gefolge Rintelens“.²⁵

Die Steiermark war das einzige Land (bis auf den Sonderfall Wien), das 1918/19 „die Farbe gewechselt“ hatte. Das allgemeine Wahlrecht auch auf Landesebene führte zum Übergewicht der Christlichsozialen, die bisher ja nur in der Landgemeindenkurie auf Erfolge rechnen konnten. Dieser Prozess wurde verstärkt durch eine große Anzahl von „Überläufern“, sprich: von Teilen des vor 1918 eher antiklerikal und national gefärbten Establishments, die sich mit der neuen Mehrheitspartei arrangierten. Rintelens oft konstatiertes Naheverhältnis zum nationalen Lager war keine persönliche Marotte, entsprang auch keiner Familientradition. (Im Gegenteil: Rintelens Vater hatte als Katholik Preußen den Rücken gekehrt und tauchte schon 1867/68 unter den Gründervätern des katholischen „Grazer Volksblattes“ auf.²⁶ Er selbst war von Hagenhofer, dem Obmann des streng konservativen Bauernbundes, in die Politik geholt worden.²⁷)

Es waren die Verhältnisse, die in der Steiermark mehr noch als anderswo eine Verbreiterung der neuen, primär bäuerlich strukturierten Mehrheitspartei innerhalb der Funktionseliten diktierten.²⁸ Stellvertretend dafür standen Namen wie Alfred Gürtler²⁹ oder Emanuel Weidenhoffer, letztlich auch der Grazer Vizebürgermeister Georg Strafella. Raabs späteres, oft zitiertes Schlagwort von der „Inhalationstheorie“ passte sehr gut zu dieser Strategie Rintelens. Sie erklärt, warum – im Gegensatz z. B. zu Oberösterreich – die Christlich-

²⁵ Nl. Diakow 41, Diakow an Pabst, 4.5.1928.

²⁶ Edith MARKO-STÖCKL, Die Entwicklung des katholisch-konservativen Lagers in der Steiermark 1861–1874. In: ZHVSt 87 (1996), 219–254, hier 227.

²⁷ Gerhard PFERSCHY, Über Kräfte und Ideen im politischen Leben der Steiermark während der Ersten Republik. In: ZHVSt 80 (1989), 245–254, hier 246.

²⁸ Es war vielleicht auch nicht zufällig, dass Seipel im Wahlkampf 1923 ausgerechnet in Graz über das „Hereinbringen“ von Wählern sprach, „die früher geglaubt haben, sie müßten freiheitlich und national sein“ (Oberösterreichische Rundschau, 12.1.1924, Leitartikel Wotawas).

²⁹ Dinghofer bezeichnete den ehemaligen „Los-von-Rom“-Stürmer Gürtler einmal als „Renegaten“, dessen Rücktritt als Finanzminister eine Zusammenarbeit mit den Christlichsozialen erleichtere (Linzer Tagespost, 12.5.1922); vgl. auch Michael SCHACHERL, 30 Jahre steirische Arbeiterbewegung 1890 bis 1920, Nachdruck Graz 1979, 217, 292.

sozialen gewisse Positionen ohne große Bedenken Honoratioren aus dem nationalliberalen Bereich überließen, dabei aber mehr Misstrauen gegenüber Konkurrenten aus dem katholischen oder agrarischen Bereich an den Tag legten, wie z. B. der Ude-Bewegung oder dem Landbund.

II. Einheit ohne Einigkeit

Hinter der Vereinbarung, mit der im Herbst 1927 die Vereinigung der „österreichischen Selbstschutzverbände“ vorangetrieben werden sollte, lassen sich unschwer die Umriss eines Junktims erkennen: Alle Steirer sollten sich Pfrimer unterstellen, wenn Pfrimer sich dafür der Bundesführung unterstellte, spricht: Steidle, der in einer Besprechung Mitte Oktober in dieser Funktion bestätigt wurde. Ein kurzes Beschlussprotokoll dieser Sitzung findet sich im Nachlass Diakow: Es verzeichnet unter den Teilnehmern neben Steidle, Pabst, Oberst Hermann Hiltl als Vertreter des Frontkämpferverbandes und Diakow drei christlichsoziale Politiker, nämlich Rintelen – damals gerade weder Minister noch Landeshauptmann – und die beiden neugewählten Tiroler Nationalräte Franz Kolb und Kurt v. Schuschnigg. Diese Entscheidung im kleinen Kreis wurde am 14./15. Oktober von einer größeren Runde abgesegnet.³⁰ Ein Vierer-Ausschuss, bestehend aus Steidle, Hiltl, Rintelen und dem Kärntner großdeutschen Abg. Oberst Thomas Klimann, sollte die „vollständig einheitliche Richtung in allen Fragen, die die Wehrverbände gemeinsam betreffen, gewährleisten“.³¹

Die Nominierung Klimanns als Generalsekretär des Kärntner Industriellenverbandes weist auf die Scharnierfunktion der Kärntner hin, die stets beteuerten, sowohl mit Pfrimer und als auch mit Steidle im guten Einvernehmen zu leben. Die Kärntner profitierten vom Zusammenschluss auch insofern, als der Einzugsbereich ihrer „Heimatschutz-Zeitung“ auf die Steiermark ausgedehnt wurde, die sich zur Abnahme einiger hundert Stück verpflichten musste. Zwar hielt Pabst den Kärntner politischen Leiter Altrichter, einen großdeutschen Landtagsabgeordneten, aus „Angst vor der mangelhaften nationalen Gesinnung der anderen“ für einen „getreuen Schildknappen Pfrimers“, dessen Aktivismus er nicht so recht traute. Aber er setzte auf Hülgerth als militärischen Führer, der sich „unseren Gedankengängen“ der „legalen Tat im richtigen Augenblick“ anschließen werde. Den Wert der Einigung umriss er folgenderma-

³⁰ Vgl. auch Vaterländische Blätter für Niederösterreich, 1.11.1927; EDMONDSON, Heimwehr (wie Anm. 21), 51.

³¹ Nl. Diakow 40, Wiener Protokoll 13.10.1927.

ßen: „Unsere Aufgabe ist es nun, während der Dauer dieser beiderseitigen Vernunftehre Pfrimer allmählich so fest im Bund zu verankern, dass Extratouren wenn nicht unmöglich gemacht, so doch immerhin erschwert werden.“³²

Als quid pro quo stand als nächstes die Einigung innerhalb der Steiermark auf der Tagesordnung. Pfrimer traf Diakow am 20. Oktober 1927 in Graz und fasste seine Bedingungen zwei Tage später zusammen: Er nehme die Stelle des Landesleiters nur an, wenn „der Zusammenschluß ein vollständiger sei“ und das ganze Land durchorganisiert würde wie die Obersteiermark.³³ Während Diakow über diese „Klippe der bedingungslosen Unterwerfung“ seufzte, hatte Pfrimer am 27. Oktober eine zweistündige Aussprache mit Rintelen, der mit Diakow am 30. zur Bundesleitung nach Innsbruck fuhr.³⁴ Am 3. November ging daraufhin endlich auch die Einigung in der Steiermark über die Bühne. Die Woche darauf wollte Pfrimer beim Wiener Polizeipräsidenten Johannes Schober und bei Seipel vorsprechen; der Kanzler schrieb danach an Steidle, dass „er von Dr. Pfrimer einen guten Eindruck bekommen habe und sich freut, daß nun alles wieder in Ordnung ist“.³⁵ Der Kanzler versprach, er wolle in Hinkunft vor allen wichtigen Entscheidungen auch die Stimme der Heimwehren hören.³⁶

Es erstaunt nicht, dass die Einigung vom November 1927 bestehende Spannungen vielfach nur verdeckte. Als Stein des Anstoßes erwies sich dabei weniger Pfrimer selbst als sein Stabsleiter Hanns Rauter, der seine Sozialisation zwischen dem Grazer Studentenmilieu und dem Kärntner Abwehrkampf erfahren hatte. So hatte Pabst schon vor dem Wiener Gipfel geschrieben: „Wichtig erscheint mir, die Bestrebungen und Aspirationen Rauters und seines Anhangs in ‚offener Feldschlacht‘ zu bereinigen.“³⁷ Rauter war es auch, der sich nach einem erstem Kriegsspiel am 24. Februar über den militärischen Bundesführer, FML Exzellenz Kletus v. Pichler, beschwerte, der es offenbar darauf abgesehen habe, die Obersteierer unter ihrem militärischen Führer Freiherrn von Pranckh „in Verlegenheit“ zu bringen; Pabst versprach deshalb, Rauter „in Gegenwart Rintelens den Standpunkt klarzulegen“.³⁸ Umgekehrt schien sich auch bei Bachofen „Groll aufgestapelt“ zu haben, der sich in einem Schreiben

³² Nl. Diakow 41, Pabst an Diakow, 5.1.1928.

³³ Nl. Diakow 40, Gedächtnisprotokoll 20.10., Brief 22.10.

³⁴ Nl. Diakow 40, Gedächtnisprotokoll: Aussprache mit Pfrimer, Judenburg 1.11.1927.

³⁵ Allerdings ist diese Äußerung nur indirekt überliefert. Nl. Diakow 40, Brief Rodlers, 10.11.1927.

³⁶ Nl. Diakow 41, Steidle an Diakow, 9.2.1928.

³⁷ Nl. Diakow 40, Brief Pabst 3.10.1927.

³⁸ Nl. Diakow 41, Protokoll Landesleitung 2.3.1928; Pabst an Diakow, 8.3.1928.

vom 19. Dezember Luft machte. Er wollte beim Namen „Heimwehrverband“ bleiben und lehnte auch die hellgrünen Windjacken als „Kugelfang“ ab.³⁹

Überraschend war vielleicht nur, an welcher Frage sich bereits nach wenigen Wochen der erste offene Konflikt entzündete. „Simmering gegen Kapfenberg, das ist Brutalität“ sollte später einmal zum geflügelten Wort werden. Doch in diesem Falle handelte es sich um Donawitz gegen Köflach, sprich um die Narben, welche der Zusammenbruch der Graz-Köflacher Bahn- und Bergwerksgesellschaft (GKB) hinterlassen hatte. Die Alpine-Montan-Gesellschaft übernahm im Herbst 1927 die „treuhändige Betriebsführung“ der GKB, am 24. Jänner 1928 schließlich auch die Mehrheit der Aktien, wollte die Bahn aber abstoßen.⁴⁰ In die Zeit dazwischen fiel die Konstituierung des für die Finanzierung der steirischen Heimwehr zuständigen Finanzkomitees. Den Vorsitz dieses Komitees sollte – mit Zustimmung Pfrimers und Bachofens – ursprünglich Rudolf Steiner übernehmen,⁴¹ der ehemalige Generaldirektor der Graz-Köflacher.

Steiner war 1925 vom umstrittenen Großaktionär (und Landesrat der Übergangsperiode 1918/19) Viktor Wutte entlassen worden, weil er dessen „betrügerische Machenschaften“ aufgedeckt habe. Wuttés Geschäftspraktiken waren im Herbst 1926 auch in einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss ausführlich zur Sprache gekommen, wobei allerdings selbst der sozialdemokratische Vertreter, Hofrat Georg Stern, milder über Wutte urteilte als Steiner: „Daß Sie mit einem Inflationsschieber nicht zu verwechseln sind, das

³⁹ Nl. Diakow 40, Diakow an Pabst, 21.12.1927. Auf der Landesleitung 3.5.1928 wurde auch der Beschluss gefasst, bei Aufmärschen keine Dekorationen anzulegen, „um nichtgediente Heimwehrkameraden oder Jungschützen etc. nicht zu kränken“. Weder Pfrimer noch Steidle konnten auf Frontbewahrung zurückblicken ...

⁴⁰ Steiner schrieb später, er habe den Landbund-NR Dewaty wegen der Übergabe der GKB-Aktien an die Alpine interpelliert, der sich darauf ausredete, der Landbund wollte das Problem im Ministerrat zur Sprache bringen, wo Hartleb sein Veto einlegen sollte; Seipel habe die Sache jedoch eigenmächtig an Kienböck übergeben (Nl. Diakow 42, Brief vom 3.7.1929); das Ministerratsprotokoll vom 24.1.1928 bestätigt diese Einschätzung im Prinzip, mit der Einschränkung, dass es sich offiziell um das Kreditinstitut für öffentliche Unternehmungen handelte, das die Aktien am 12. September 1927 ersteigert hatte; Seipel schloss die Debatte mit dem Bemerkten, es müsse Kienböck überlassen bleiben, das Kreditinstitut auf „die hier erörterten Erwägungen aufmerksam zu machen“. Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik, Abt. V, Bd. 2, Wien 1986, 143, 184–187. Schwierigkeiten bereitete die Abgrenzung der Interessenssphären von Alpine und Bodencreditanstalt; vgl. die Zusammenfassung „GKB-Berichte“ im Apold-Tb. 1927 bzw. die Einträge vom 5. u. 26.1.1928; Franz MATHIS, Big Business in Österreich. Österreichische Großunternehmungen in Kurzdarstellungen, Wien 1987, 129f.; HANISCH, Apold (wie Anm. 17), 243f.

⁴¹ Nl. Diakow 40, Diakow an Pabst, 20.10.1927; 21.12.1927.

Zeugnis stelle ich Ihnen augenblicklich aus. Sie haben kolossale Pläne gehabt und sind leider auch mit ein paar Schiebern zusammengekommen, von denen Sie hineingelegt wurden.“⁴² Jedenfalls entwickelte sich zwischen Wutte, der im Oktober 1927 verhaftet wurde,⁴³ Steiner und der Leitung der „Alpine“ eine antagonistische Dreiecksbeziehung. Die Alpine-Montan, deren „durchaus ungesunde und unwirtschaftliche Politik er durchschaut, haßt und fürchtet ihn zu gleichen Teilen“, schrieb Diakow über Steiner.⁴⁴

Der Hauptverband der Industrie schlug für das Komitee – wie Pabst meinte, auf Anregung Anton Apolds, des Generaldirektors der Alpine-Montan – neben Gottwald und dem Kassier des Heimatschutzes, dem Grazer Direktor der Süddeutschen und Heimstätten Bank Franz Eisenzopf, je einen Vertreter der Grazer und der obersteirischen Industrie vor.⁴⁵ Tatsächlich verlangte Apold für die Geldverteilung „die Schaffung einer absolut unpolitischen Stelle und verwahrte sich gegen die Mitwirkung des Herrn Rudolf Steiner“.⁴⁶ Dementsprechend erklärte bei der ersten Besprechung des Komitees am 19. Dezember Paul Weitzer als Sekretär des obersteirischen Industriellenverbandes Steiner wegen seines öffentlichen Auftretens gegen die Alpine für untragbar; Steiner revanchierte sich mit einer Philippika gegen die „Vampire des Wirtschaftslebens“.⁴⁷ Er unkte,

⁴² Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates, II. Gesetzgebungsperiode, Bd. 7, Wien 1927, Nr. 675: Berichte über die Verhandlungen des auf Grund des Centralbankgesetzes eingesetzten Untersuchungsausschusses (17.11.–13.12.1926), 229. Wutte war der Schwager des weststeirischen Papierindustriellen Robert Czerweny, mit dem er schon vor dem Krieg die Wieser Kohlengruben betrieb; Czerweny wiederum war der Enkel des Deutschlandsberger „Zündholzkönigs“ Florian Pojatzi; Wutte wickelte seine Geschäfte über das Bankhaus „Fl. Pojatzi & Comp.“ ab; man sprach vom „Wutte-Pojatzi-Konzern“ (ebd. 197, 213f.); vgl. auch Walter TSCHERNE, Handel, Gewerbe, Industrie. In: Helmut-Theobald MÜLLER (Hg.), Geschichte und Topographie des Bezirkes Deutschlandsberg, Bd. 1, Graz 2005, 375–428, hier 409; Othmar PICKL, Florian Pojatzi, der Begründer der steirischen Zündholzindustrie. In: Ferdinand TREMEL (Hg.), Steirische Unternehmer des 19. und 20. Jahrhunderts, Graz 1965, 76–80.

⁴³ Apold-Tb. 12.10.1927; zur Gegnerschaft Apolds zu Wutte vgl. auch ebd. 10.1.1927, 11.10.1927, 11.5.1928 (Ausgleich im Pojatzi-Prozeß); zur Polemik gegen Wutte aus dem Umkreis Diakows auch: Österreichischer Bund, 8. u. 15.5.1927 („Wuttes Raubzug“).

⁴⁴ Nl. Diakow 42, Diakow an Steidle, 22.1.1928.

⁴⁵ Nl. Diakow 40, Pabst an Diakow, 19.12.1927. Diakow merkte an, ein weiterer Heimwehrführer, Dr. Arbeiter, käme für das Komitee nicht mehr in Frage, weil er nicht mehr beim Stahlwerksverband sei (Diakow an Pabst, 21.12.1927).

⁴⁶ Apold-Tb. 16.12.1927, Gespräch mit Rintelen.

⁴⁷ Dabei ging es um die Schließung zweier Gruben im Wieser Revier, Steyeregg und Bergla, welche die Alpine laut Steiner „ersaufen“ wollte; allerdings verfügte Ludwig Kammerlander als leitendes Vorstandsmitglied der GKB über Briefe Steiners, „in welchen dieser selbst die Einstellung von Bergla als unumgängliche Notwendigkeit bezeichnet“ (Apold-Tb. 6.12.1927), über die Zeitungspolemik darüber ebd. 15./16.10.1927; vgl. auch TSCHERNE, Handel (wie Anm. 42), 410.

das „Ende vom Lied“ werde sein, dass „wir als Heimwehr zum Söldnertum für Banken und Industrie herabsinken“.⁴⁸

Diakow selbst hatte 1920–23 als Beamter der Graz-Köflacher angehört; Steiner, dem er später einmal bescheinigte, er hätte das Potential zu einem „österreichischen Ford“⁴⁹ – und der sich wissenschaftlich mit der Entwicklung von Hydrierverfahren beschäftigte⁵⁰ –, konnte sich seiner Loyalität sicher sein. Die „von Wutte heruntergewirtschaftete“ Graz-Köflacher sei für die Heimwehr besonders wertvoll, weil ihr Umfeld in der West-Steiermark die Kerntuppe der Heimwehr stelle.⁵¹ Weitzer hingegen habe als einfacher Steuerbeamter begonnen, bevor er in den Dienst des Stahlwerkverbandes trat; inzwischen benehme er sich, „als gäbe er das Geld der obersteirischen Industrie aus eigener Tasche“. Angeblich habe er Pfrimer auch außertourlich Geld zukommen lassen. „Für die objektive Verteilung der Gelder“, so resümierte Diakow, „bürge uns Steiner und Strafella, der übrigens auch auf Wunsch von Rintelen ins Komitee kam“.⁵²

Das Finanzkomitee hielten Pabst und Diakow schon einmal deshalb für nützlich, weil beide der Überzeugung waren, dass Pfrimer „nur durch die finanzielle Seite zu halten“ sei.⁵³ Pfrimer hingegen hielt eine Rechenkontrolle durch Weitzer und Strafella für vollkommen ausreichend und schrieb an den Hauptverband, dass es nicht angehe, „uns in die Verwendung der Gelder hineinzureden“.⁵⁴ Doch die erste Runde ging an den Bund. Erst nach einem

⁴⁸ In späteren Jahren hat auch Rintelen mehrfach für Steiner bei der Alpine interveniert; vgl. AdR, Österreichische Alpine-Montan AG 167, Tagebuch Zahlbruckner, 7. u. 22.5., 20.6.1929, 4.9., 27.10.1930; Apold-Tb. 18.4.1928.

⁴⁹ Steiner formulierte später einmal in einem Rundumschlag: „In der Steiermark wird die ganze wirtschaftliche Richtung von der BCA, Stewag, Alpine, Landesfinanzreferent und Sozialdemokratie diktiert; und jedermann kann sich vorstellen, wie die Kinder von so verschiedenen Vätern ausschauen müssen.“ (Nl. Diakow 42, 23.7.1929)

⁵⁰ Steiner hatte am 1.8.1927 ein Patent für ein „Kohleveredelungsverfahren“ angemeldet; bei dessen Einführung bei den – im Besitz des Landes Oberösterreich befindlichen – Wolfsegg-Trauntaler Bergwerken stieß er abermals auf die Konkurrenz der Alpine (Nl. Diakow 42, Steiner an Neustädter-Stürmer, 3.7.1929); vgl. auch Tb. Zahlbruckner, 19.4.1929.

⁵¹ Im Nachrichtenblatt 7 der Heimwehr wurde verlautbart, die Alpine in Rosental und Mayr-Melnhof in Piberstein stellten nur mehr Heimwehrmitglieder ein.

⁵² Nl. Diakow 40, Diakow an Pabst, 19.12.1927.

⁵³ Nl. Diakow 41, Diakow 3.1.1928. Der Nachrichtenoffizier der Bundesleitung formulierte es in seinen Erinnerungen so: „Geld war das stärkste Druckmittel der Bundesführung, denn wer ihr folgte, bekam Geld, wer ihr aber Schwierigkeiten machte, bekam keines.“ (KA, B/653/1, Nl. Rodler: Von Conrad zu Keitel, fol. 92).

⁵⁴ Nl. Diakow 41, Pabst an Diakow, 5.1.1928. Steidle antwortete Pfrimer am 12.1.1928: „Da nun die liebe Umwelt besonders wenn es sich um Geldangelegenheiten handelt, sehr mißtrauisch und sehr böse ist, habe ich selbst eine gewisse Kontrolle verlangt, um mich ja nicht der Gefahr

Besuch Pfrimers und Rauters in Innsbruck am 23. Jänner 1928 begannen offenbar die Überweisungen zu fließen.⁵⁵ Pabst formulierte als Devise für den Umgang mit Pfrimer: Man müsse „die Zügel locker lassen, aber nur bis zu einem gewissen Punkt. Er muss stets wissen, dass es doch eine Bundesführung gibt.“⁵⁶ Wenn Pfrimer sich finanziell an die Kandare genommen sah, so galt dasselbe allerdings auch für Steidle, der klagte: „Wir dachten, daß die vom Bundeskanzler aufgebrauchten Bankmittel uns zur freien Verfügung“ stünden; zu seinem Leidwesen wurden aber auch sie über die Industrie verrechnet.⁵⁷

Der prekäre Charakter der steirischen Einigung wurde durch die Tatsache unterstrichen, dass die Gelder für die Heimatschutz- und Heimwehrgebiete weiterhin getrennt ausgeschüttet, die Zuschüsse für 1928 allerdings von 3.500 S auf 7.500 S pro Monat erhöht wurden. Von den ursprünglichen 3.500 waren je 1.600 an Pfrimer und Diakow gegangen; die restlichen 300 S waren für den Frontkämpferverband reserviert. Die Frontkämpfer unter Oberst Hermann v. Hiltl sollten als erster Wehrverband, der schon seit 1920 auf Wiener Boden aufgetreten war, in die bundesweite Einigung einbezogen werden.⁵⁸ Hiltl erbat sich bei Polizeipräsident Schober eine Intervention bei Seipel und erhielt in der Folge auch einiges an Geldern.⁵⁹ Allerdings unkte Pabst: „Steidle und Hiltl sind beide in ihrer Art prächtige Kerle, aber leider ohne jedes Verständnis für einander. Hier der Realist, dort der Romantiker, hier der nur Offizier, dort der Advokat und Politiker.“⁶⁰

Die Frontkämpfervereinigung war zum Unterschied von den Heimwehren eine bundesweite Bewegung, die sich in der Praxis mehr an eine städtische Klientel wandte. Nach alter Vereinbarung war ihnen in der Steiermark deshalb auch die Stadt Graz zugewiesen worden. Diese Grazer Gruppe, die von Diakow als Organisationsleiter mit aufgebaut worden war,⁶¹ geriet um die Jahreswende in einen Konflikt mit Pfrimers Vorposten in der Landeshauptstadt: „In dem

auszusetzen, daß späterhin einmal mit einem Schein von Berechtigung behauptet werden könne, es sei Geld an meinen Fingern kleben geblieben.“ Der Vorwurf, Steidle habe Beträge auf eigene Konten abgezweigt, blieb dennoch nicht aus; vgl. *Documenti Diplomatici Italiani*, Serie VII, Bd. 9, Rom 1975, 314 (26.8.1930), 344 (14.9.1930).

⁵⁵ Nl. Diakow 41, Pabst an Diakow, 25.1.1928.

⁵⁶ Nl. Diakow 41, Pabst an Diakow, 12.1.1928.

⁵⁷ Nl. Diakow 41, Steidle an Pfrimer, 12.1.1928.

⁵⁸ Vgl. Ingeborg MESSERER, *Die Frontkämpfervereinigung Deutsch-Österreichs*, phil. Diss. Wien 1963, allerdings auf einer sehr schmalen Quellenbasis beruhend.

⁵⁹ Schober-Archiv 21, Tagesnotizen 7.2. u. 25.2.1928 (Hiltl sollte 3.000 S monatlich erhalten und einmalig 15.000 S für Ausrüstung).

⁶⁰ Nl. Diakow 40, Pabst an Diakow, 30.12.1927.

⁶¹ Nl. Diakow 41, Frontkämpferverband Steiermark an Diakow, 19.5.1928.

ewig brodelnden Hexenkessel in der Steiermark ist eine neue Affäre im Werden.“ Denn Hofrat Ragossnigg, der ehemalige Gendarmerie-Kommandant, der als Grazer Heimatschutzführer fungierte, ordnete an, dass die Frontkämpfer den Versammlungsschutz für eine seiner Veranstaltungen in der Industriehalle zu übernehmen hätten. Als sich die Frontkämpfer weigerten bzw. zumindest nicht in Uniform auftreten wollten, drohte Pfrimer kurzerhand, ihnen den Monatszuschuss zu sperren.

Diakow war empört: Es sei „an und für sich eine Unmöglichkeit, daß eine wehrhafte Formation sich durch die andere decken lassen sollte. Taktlos aber besonders deshalb, da man nicht ergrauten Offizieren zumuten könne, die bequem auf Stühlen sich räkelnden Studenten zu beschützen.“⁶² Als Resultat schieden die Frontkämpfer im Februar 1928 wiederum aus der Front der Wehrverbände aus; sie wollten sich nur im Ernstfall der militärischen Führung der Heimwehr unterstellen.⁶³ Eben diese militärische Führung wurde auch weiterhin getrennt ausgeübt: Gottwald kommandierte im Heimwehr-, Pranchh im Heimatschutzgebiet. Die Sympathien Pabsts klingen durch, wenn er Diakow schon zum Jahreswechsel schrieb: „Die Herren vom Heimatschutz sind Gemütsmenschen ...“, dabei aber auch in Aussicht stellte: „Im übrigen werden in Hinkunft wir Soldaten untereinander im Sinne des bewußten Ausschusses allein verhandeln, d. h. Hiltl, Klimann, Sie für Rintelen und ich für Steidle, dann wird es schon gehen ...“⁶⁴

Als militärische Zielvorgabe hatte Pfrimer von Anfang an den „Marsch auf Wien“ im Mund geführt, auch wenn er bemüht war, jeden Verdacht von sich zu lenken, er plane eine eigenmächtige Aktion ohne Wissen der Regierung oder gar gegen die Staatsgewalt. Eine gewisse Ambivalenz blieb bestehen: Man wolle, hieß es in der Vereinigungssitzung am 3. November, „bei einem neuerlichen aggressiven Verhalten von sozialdemokratischer Seite die Offensive bis zur endgültigen Niederwerfung der Roten“ führen; bei dieser Gelegenheit könne ein Marsch nach Wien notwendig werden.⁶⁵ Im Gespräch mit Pfrimer skizzierte Diakow seine Vorstellungen: Zwar müsse man „bei der nächsten Julisache“ auch gegen das Parlament vorgehen; Voraussetzung sei jedoch, dass „auch Seipel soweit gewonnen werde, dass er nicht dagegen Stellung nimmt“.⁶⁶ Dennoch bestärkte die Aussprache Diakows Bedenken: „Nach meiner Überzeugung

⁶² Nl. Diakow 40, Diakow an Pabst, 27.12.1927.

⁶³ Nl. Diakow 41, Diakow an Steidle, 6.2.1928; Frontkämpfer 10.2., Antwort Pfrimers 1.3.1928.

⁶⁴ Nl. Diakow 40, Pabst an Diakow, 30.12.1927. Freilich finden sich in den Unterlagen keine Belege für weitere Sitzungen des bewussten Ausschusses.

⁶⁵ Nl. Diakow 40, Grazer Protokoll, 3.11.1927, 14 h.

⁶⁶ Nl. Diakow 40, Gedächtnisprotokoll 20.10.1927.

strebt Dr. Pfrimer an, den Umsturz bei uns, wenn irgend möglich, selbständig zu bewirken.“⁶⁷

Steidles Haltung fiel da schon viel differenzierter aus. Zwar teilte er Pfrimers Prämissen: „Der Parlamentarismus und das Regierungssystem erweisen sich für Österreich als unerträglich.“ Oder, in der Terminologie des Weltkriegs: Es sei zu einem parlamentarischen Stellungskrieg gekommen;⁶⁸ „wir wollen wieder in den Bewegungskrieg hinein.“ Doch seine Schlussfolgerung lautete: Deshalb müssten die Heimwehren zu einer staatspolitischen Bewegung werden. Dafür bedürfe es zweier Mittel: Geld und geistiger Ziele. „Wir müssen – angesichts des latenten Mißtrauens in wirtschaftlichen und politischen Kreisen – daher ungemein geschickt operieren, um die Geldunterstützung solange notwendig zu erhalten.“ (Er fügte hinzu, er sei in dieser Beziehung vorurteilsfrei, denn „die Tiroler Industrie gehört dem Hauptverband nicht an und finanziert die Heimwehr Tirol selbständig“.⁶⁹) Schwieriger noch sei die geistige Zielsetzung: „Es muß ein Hochziel gefunden werden, das die breite Masse erfaßt“ – ein revolutionäres Programm, das allerdings „so abgestimmt sein muß, daß sich nicht alle Parteien gegen uns richten“. Insbesondere verfassungsrechtliche und wirtschaftliche Details seien deshalb noch zurückzustellen, um fruchtlose Diskussionen hintanzuhalten.⁷⁰

⁶⁷ Nl. Diakow 41, Diakow an Pabst, 3.1.1928.

⁶⁸ In einem späteren Zeitpunkt wies Steidle auch auf die Obstruktion der Sozialdemokratie im Parlament als Kampfansage der Roten hin, die für ihn freilich kaum Ausgangspunkt der Systemkritik war.

⁶⁹ Dabei ergaben sich interessante personelle Kombinationen: Sekretär des Tiroler Industriellenverbandes war seit 1924 der großdeutsche Abg. Sepp Straffner (ein pensionierter Bahnbeamter), Obmann von 1917 bis 1935 Friedrich Reitlinger, Inhaber der Jenbacher Werke und jüdischer Konvertit; vgl. die Polemik zwischen Linzer Tagblatt, 7.2.1924, und Oberösterreichischer Rundschau, 16.2.1924, 4; Wolfgang MEIXNER, Ing. Friedrich Reitlinger (1877–1938). Industrieller und Wirtschaftsfunktionär in Tirol zwischen Heimwehr und Nationalsozialismus. In: Zeitgeschichte 29 (2002), 191–201; Reitlinger und seine Tochter begingen 1938 Selbstmord, sein Sohn heiratete nach 1945 eine Tochter des Heimwehrführers Egon Berger-Waldenegg (vgl. Biographie im Spiegel, wie Anm. 24, 118, 134). 1928 wurde auf Reitlinger in Jenbach offenbar ein Bombenattentat verübt, am 1. Dezember beehrte Seipel die Jahreshauptversammlung des Tiroler Industriellenverbandes mit seiner Anwesenheit (vgl. Schober-Archiv 21, Tagesnotizen 8.4., 28.11. u. 1.12.1928).

⁷⁰ Nl. Diakow 41, Führerbesprechung 3.4.1928. Was die Ausgestaltung des „geistigen Ziele“ betrifft, spielte Diakow 1929 eine gewisse Rolle, weil er über den Landtagsabgeordneten Sernetz und seine „Berufsständische Arbeitsgemeinschaft“ die Verbindung zu den alpenländischen HaGe-Bünden herstellte, die an Stärke zunehmen, während die großdeutsche Partei jeden Einfluss verloren habe (Nl. Diakow 42, Diakow an Steidle, 13.5.1929), dann auch mit dem Ständebund von Hofrat Ramsauer, der sich bei Steidle beschwerte, dass er seit anderthalb Jahren auf eine Fortsetzung der Gespräche mit Pfrimer warte (ebd., Brief vom 27.5.1929); das berufsständische

Freilich: Die Aufforderung zu „ungemein geschicktem Operieren“ richtete sich an ein Zielpublikum, das bei der Führerbesprechung vom 3. April durch Abwesenheit glänzte: Pfrimer war als „unpäßlich“ gemeldet, Rauter „krank“, Pränckh und Arbesser „verhindert“. Pabst wiederholte seine Sorge wegen eines „Mißerfolgs durch Vorpellen eines Teiles“, wie er sie Diakow schon einmal mit Beispielen aus der jüngsten Vergangenheit illustriert hatte, nämlich Hitlers „Marsch zur Feldherrnhalle“. „Es setzt jetzt der Wettlauf um den Diktatorposten ein. Die Lage ist verzweifelt ähnlich derjenigen 1923 in Bayern, wo Kahr, Reichswehr usw. am 15./XI. handeln wollten, Hitler und Ludendorff aber früher losschlugen, weil sie Kahr zuvorkommen wollten, denn /.../ sie fürchteten, Kahr usw. seien nicht national genug.“⁷¹

III. Expansion und Aufrüstung

Den Marsch auf Wien wollte Pfrimer auch in einer ganz anderen Hinsicht antreten, nämlich die zerstrittenen Wiener Heimwehrgruppen seinem Kommando unterstellen und über die Steiermark hinaus eine östliche Untergruppe der Selbstschutzverbände bilden. Er berief sich dabei auf eine Äußerung Rintelens, der ihn angeblich aufgefordert habe, in die unklaren Wiener Verhältnisse Ordnung zu bringen. Daraufhin habe Pfrimer sofort noch nächtens Diakow oder Pabst nach Wien entsenden wollen. Diakow wiegelte ab: „Auf der Schwerhörigkeit Pfrimers mag manches Mißverständnis beruhen.“ Er sei „vom edlen, wenn auch brennenden Ehrgeiz beseelt, Führer zu sein; /.../ die leiseste Anregung genügt, um sie als Auftrag aufzufassen.“⁷² Pabst antwortete: „Lieber Freund, einen Sack Flöhe hüten ist leichter als in der Steiermark die H.W. Bewegung zu führen.“ Auch Rintelen wollte er nicht von jeder Schuld freisprechen: „Ich habe den Eindruck, daß Rintelen nicht immer eine ganz glückliche Hand in Heimwehr Angelegenheiten hat und anscheinend sich um Dinge kümmert, die ihn nichts angehen.“⁷³

Element kam demnach nicht bloß über die Verbindung Pfrimers zum Kreis um Spann und Walter Heinrich, der um diese Zeit zustande kam. Im Heimatschutzverlag erschien als erste Broschüre im Mai 1929 Spanns „Irrungen des Marxismus“ (HS-Ztg. 18.5.1929); vgl. Martin SCHNELLER, Zwischen Romantik und Faschismus. Der Beitrag Othmar Spanns zum Konservatismus in der Weimarer Republik, Stuttgart 1970, 31–34, der auch die Rolle des Grazer Dozenten Hans Riehl hervorhebt, des Leiters des Sozialreferats der Alpine-Montan und späteren Schwiegersohnes von Anton Apold (vgl. auch Apold-Tb. 2.8.1928, 2.4., 18.4. u. 9.10.1929).

⁷¹ Nl. Diakow 41, Pabst an Diakow, 5.1.1928.

⁷² Nl. Diakow 40, Diakow an Pabst, 21.11.1927.

⁷³ Nl. Diakow 40, Pabst an Diakow, 29.11.1927; vgl. auch Apold-Tb. 21.10.1927 über ein Ge-

Die Wiener Querelen waren noch nicht ausgestanden; doch inzwischen richteten sich die Expansionsbestrebungen Pfrimers, historisch stimmig, auf die Wiederherstellung der „Pittner Mark“. Auf der Führerbesprechung in Salzburg am 10. Dezember 1927 waren die drei südöstlichen Bezirke Niederösterreichs (Gloggnitz, Aspang und Neunkirchen) offiziell an ihn abgetreten worden. Dabei blieb es nicht: Jedenfalls warnte der niederösterreichische Heimwehrführer Baron Arthur Karg-Bebenburg auf der Führerbesprechung vom 3. April, der Bauernbund sei „verschmupft und in Kampfstellung“ wegen Pfrimers Ausgreifen. Der christlichsoziale Landtagsabgeordnete Mauritius Klieber, seit Oktober 1927 im Vorstand der Niederöreicher,⁷⁴ schlug in dieselbe Kerbe: Die Heimwehr sei erledigt, wenn sich der Bauernbund gegen sie stelle. Auch Steidles Einwand, es sei in Niederösterreich eben bisher wenig gearbeitet worden, ließ er nicht gelten; die Pfrimer-Leute seien „nicht so verlässlich als man glaubt. Es genügt nicht, zweimal in eine Fabrik zukommen und schon glauben zu können, daß man die Hälfte der Arbeiter auf seiner Seite hat.“⁷⁵

Karg ergänzte, es sei gleichgültig, wo die Grenze verlaufe; aber sie müsse eingehalten werden. Der Bund, so Steidle, habe allerdings das größte Interesse, dass zwischen Semmering und Wien „eine besonders sorgfältig durchgeführte Organisation besteht“. Er setzte am 11. Juni in einer Besprechung in Wien eine Grenze durch, die über die nördliche Grenze der Neustädter Bezirkshauptmannschaft, dann über die Kammlinie des Triesting- und Piestingtales verlief.⁷⁶ Pfrimer wehrte sich prompt gegen die Aufgabe von Pottendorf;⁷⁷ der neue niederösterreichische Landesführer Raab wiederum gab im November die Parole aus: Niederösterreich den Niederösterreichern – und forderte eine erhöhte Dotation, weil sein Land angeblich über 30.000 Mann an Marschformationen verfüge. Auch innerhalb der Steiermark verlief – im Einklang mit der paritätischen Teilung der Einnahmen – eine territoriale Demarkationslinie, blieb trotz der proklamierten politischen Einigung die militärische Führung wei-

spräch mit Rintelen: „Die F.K. in Wien sollen seiner Meinung nach tatkräftigst unterstützt werden, überhaupt müsste der H.S. in Wien so ausgebildet werden, dass er gegebenenfalls ohne Zuhilfenahme der Landesorganisationen auslauge.“

⁷⁴ Klieber saß 1926/27 kurzfristig auch im Nationalrat, er war Gemeinderat in Mauer (das damals noch nicht zu Wien gehörte) und geschäftsführender Vizepräsident des christlichsozialen Volksverbandes für NÖ.

⁷⁵ Nl. Diakow 41, Führerbesprechung 3.4.1928, vgl. auch Franz SCHWEIGER, Geschichte der niederösterreichischen Heimwehr von 1928 bis 1930 mit besonderer Berücksichtigung des sogenannten Korneuburger Eides, phil. Diss. Wien 1964, 11–14.

⁷⁶ Nl. Diakow 41, Bundesleitung an Landesleitung Steiermark, 14.6.1928. Die Niederöreicher sollten sich auf den Bezirk Baden und die Westbahnstrecke konzentrieren.

⁷⁷ Nl. Diakow 41, Pfrimer 2.7.1928.

terhin getrennt. Die Grenze zwischen Pfrimers Heimatschutz und Bachofens Heimwehr verlief – mit Ausnahme des Gerichtsbezirks Frohnleiten – entlang der Fischbacher Alpen und der Gleinalpe.⁷⁸

Einvernehmlicher verlief die „Erschließung“ des Burgenlandes, das zum Unterschied von Niederösterreich schon rein geographisch in den Einzugsbereich von Diakows Heimwehr fiel. Hier handelte es sich um eine Missionierung in *partibus infidelium*; es gab keine Platzhirsche. Zum militärischen Führer des Burgenlandes avancierte Oberst Gustav Berger, wohnhaft in Wien-Hietzing;⁷⁹ politischer Leiter war der christlichsoziale Nationalrat Franz Binder,⁸⁰ mit dem Diakow schon im November 1927 Kontakt aufnahm. Als „Verbindungsstellen“ nannte Binder im Frühjahr 1928 den Bürgermeister von Pinkafeld, Julius Lehner, in Güssing den ehemaligen Abg. Hajsan, in Jennersdorf den christlichsozialen Bundesrat Rudolf Bächler, in Oberwart den Postmeister Gottlieb Nick.⁸¹ Die Frontkämpfer verfügten nur im Bezirk Eisenstadt und Oberpullendorf über einzelne Gruppen.⁸² Binder, selbst Polizist und als solcher in engem Kontakt mit Schober, resümierte auf der Besprechung der Stabsleiter: Die Gendarmerie im Burgenland sei „durchwegs rot“; der Landbund habe wegen der Koalitionsregierung gebundene Hände und könne nur „im geheimen und stillen“ etwas tun.⁸³ Am 29. Juli sollte in Lockenhaus, unweit der Landesgrenze, ein erster Aufmarsch stattfinden. Ein regionales Spezialproblem, die „Magyaronschnüffelei“, kam zur Sprache, wenn Binder über den Leiter seines Geburtsortes Rechnitz, Eugen v. Bogdany, urteilte, er sei „gegen rot verlässlich, nicht gegen Ungarn ...“⁸⁴

⁷⁸ Nl. Diakow 41, 21.3.1928.

⁷⁹ Nl. Diakow 41, Bundesleitung an Steiermark, 23.1.1928.

⁸⁰ Zur Person Binders, der zur Zeit der ungarischen Räterepublik angeblich aus der Kirche ausgetreten war und unter Schober in der Polizei Karriere machte, vgl. Günter UNGER, Die Christlichsoziale Partei im Burgenland, Eisenstadt 1965, 38–43.

⁸¹ Nl. Diakow 40, Binder an Diakow, 4.12.1927.

⁸² Nl. Diakow 40, Diakow an Pabst, 15.1.1929. Für die Sozialdemokraten hatte Leser im November 1927 noch ausgeführt: „Der Plan der Christlichsozialen, im Norden des Burgenlandes die Frontkämpfer aufzulösen und durch die christlichsozialen Heimwehren zu ersetzen, schlug dank der Wachsamkeit des Obersten Hiltl fehl.“ (Zitiert bei UNGER, Christlichsoziale, wie Anm. 80, 128.)

⁸³ Allerdings stellte der Landbund mit den LT-Abg. Michael Vas und Johann Paul bereits ein Jahr später die Bezirksführer von Güssing und Oberwart. Vas – ein Amerikaheimkehrer, der schon 1926 in schwere Auseinandersetzungen mit der Bundespartei verwickelt war – kandidierte 1930 dann bereits für den Heimatblock; vgl. UNGER, Christlichsoziale, 130; Charlotte HEIDRICH, Burgenländische Politik in der Ersten Republik. Deutschnationale Parteien und Verbände im Burgenland vom Zerfall der Habsburgermonarchie bis zum Beginn des autoritären Regimes (1918–1933), Wien 1982, 135f., 163–167.

⁸⁴ Nl. Diakow 41, Bericht vom 6.4.1928 über Sitzung der Stabsleiter in Salzburg am 3.4.

Diakows eigentliche Leistung war die Verdichtung im Heimwehrbereich: Pfrimer hatte sein Amt mit der Forderung angetreten, „es müssten sich endlich auch die Heimwehrgebiete bequemen, militärische Formationen aufzustellen“. ⁸⁵ Diakow antwortete im Februar, er beginne jetzt mit den Formationen in der Weststeiermark, je einem Bataillon in Deutschlandsberg, Stainz und Groß Florian. Im Osten seien – nicht zuletzt wegen des Mangels an Industrie – allerdings nur Ansätze einer militärischen Organisation vorhanden. ⁸⁶ Der Kreis ⁸⁷ Weststeiermark war seit 1925 Franz Huber unterstellt, der einmal als „Exekutivorgan Rintelens für inoffizielle Aktionen“ beschrieben wurde, einem jungen Weltkriegsoffizier (Jg. 1896), Sohn eines Gutsbesitzers (Mönichhof bei Stallhofen) und christlichsozialen Reichsratsabgeordneten. Huber gehörte außerdem zu den Gründern der RAVAG (und zählte in dieser Funktion später sogar zu den Initiatoren der berühmten Neujahrskonzerte). ⁸⁸ Zwar wetterte Pfrimer mit Blick auf Huber gegen Leute, die von Graz nach auswärts einpendeln. Diakow räumte ein, es handle sich hier um „die Domänen einzelner Herren“. Doch: „Das ist nun einmal so.“ Sie könnten ohne Gefahr für die Sache auch nicht ausgeschaltet werden. ⁸⁹ Krönender Abschluss des ersten Halbjahres 1928 war ein großer Aufmarsch am 20. Juni in Köflach, wo eine bürgerliche Einheitsliste wenige Wochen zuvor mit knapp 51 % der Stimmen erstmals seit dem Umsturz den Bürgermeisterstuhl erobert hatte. ⁹⁰ Das „Grazer Volksblatt“ zählte 5.863 Mann, die aufmarschierten – und zwölf Musikkapellen. ⁹¹ Der Organisationsbetrieb im Heimwehrgebiet nehme einen derartigen Umfang an, dass mit den bestehenden Mitteln das Auslangen nicht gefunden werden könne, meldete Diakow. ⁹²

⁸⁵ Nl. Diakow 41, Diakow an Pacher, 12.1.1928, über Landesleitung vom 5.1.1928.

⁸⁶ Nl. Diakow 41, Diakow an Pfrimer, 6.2.1928.

⁸⁷ Im Heimwehrgebiet wurde die größere Einheit als Kreis bezeichnet, die kleinere als Gau; beim Heimatschutz war es umgekehrt.

⁸⁸ KA Wien, Nachlass B/1043:20 (Raft-Marwil), fol. 838; Walter BRUNNER (Hg.), *Geschichte der Stadt Graz*, Bd. 4, Graz 2004, 212; Bernhard REISMANN, *Allgemeine Geschichte des Bezirkes 1848–2005*. In: Walter BRUNNER (Hg.), *Geschichte und Topographie des Bezirkes Voitsberg*, Bd. 1, Graz 2011, 164; Peter GÖRKE, *Anton Rintelen (1876–1946). Eine polarisierende steirische Persönlichkeit*, Diss. Graz 2002, 70f.; Viktor ERGERT, *50 Jahre Rundfunk in Österreich*, Bd. 1, Wien 1974, 30f., 40, 146.

⁸⁹ Nl. Diakow 41, Diakow an Pabst, 12.1.1928.

⁹⁰ Die „Wirtschaftspartei“ erhielt 829 Stimmen, die Sozialdemokraten 789; die Stadt wurde im Herbst allerdings einem kommissarischen Verwalter unterstellt; vgl. *Geschichte und Topographie des Bezirkes Voitsberg* (wie Anm. 88), Bd. 2, Graz 2011, 137.

⁹¹ *Grazer Volksblatt*, 21.5.1928, S. 3.

⁹² Nl. Diakow 41, Diakow an Pabst, 15.6.1928. Schwierigkeiten bereitete die Abgrenzung des Kreises West im Süden: Der christlichsoziale Parteisekretär Hans Roth wollte den Bezirk Leibnitz an den

Im zweiten Halbjahr versprach Diakow, „die ganze Energie auf den Ausbau der Oststeiermark“ zu richten. In der Oststeiermark nahm Baron Andreas Morsey keine so dominante Stellung ein wie Huber im Westen, weil er wenig Zeit habe und mit der Gegenarbeit des großdeutschen Feldbacher Bürgermeisters Schaar rechnen müsste.⁹³ Auch der Organisationsleiter Franz Ircher als Redakteur des „Grazer Volksblattes“ galt als beruflich überlastet. Zwischen dem Gauführer von Hartberg,⁹⁴ Friedrich v. Sacher-Masoch, und seinem Weizer Kollegen Johann Peter-Leiningen, einem engen Mitarbeiter Diakows, bestanden Spannungen, die beinahe bis zu Duellforderungen eskalierten.⁹⁵ Als Pendant zum Köflacher Aufmarsch war – „auch wegen des Gleichgewichts im Heimwehrbereich“ – am 23. September 1928 eine Kundgebung in Weiz geplant: „Der Weizer Aufmarsch muss gelingen, wollen wir endlich die Oststeiermark erobern.“⁹⁶

Dabei geriet der Weizer Aufmarsch in den Strudel der Vorbereitungen für den großen Aufmarsch in Wiener Neustadt im Oktober. Ende Juli hieß es, Rintelen („Anatol“) habe dafür plädiert, alles abzusagen.⁹⁷ Pfrimer wiederum betrachtete die Weizer Aktion als Vorbereitung für Wiener Neustadt.⁹⁸ „Der Weizer Aufmarsch kostet mich viel Kampf“, werde aber unter allen Umständen stattfinden, legte sich Diakow Anfang September fest. Er ersuchte deshalb auch, die Bundesleitung möge „Seipel unbedingt bitten, Pawlikowski entsprechend anzuweisen“, damit der Bischof seine Teilnahme zusage.⁹⁹ Allerdings

Westen angliedern, die lokalen Heimwehrgrößen waren mit Ausnahme von Baron Otto Wucherer, dem Bürgermeister von Gleinstätten, dagegen (ebd., Diakow an Pfrimer?, 28.8.1928).

⁹³ Schaares Liste errang bei der Gemeinderatswahl im April 1928 10 Mandate, Christlichsoziale und Sozialdemokraten je drei (Grazer Tagblatt, Abendausgabe: Neueste Nachrichten, 30.4.1928, 3). Der Konflikt zwischen Morsey und Schaar zog sich bis zur Verhaftung des Bürgermeisters im Jänner 1934 hin; vgl. Rudolf GRASMUG, 8 Jahrhunderte Feldbach, 100 Jahre Stadt, Feldbach 1984, 307f., 313–318.

⁹⁴ 1929 scheint als Gauführer von Hartberg bereits der Pöllauer Tierarzt Franz Pfufl auf; als Leiter ab November 1928 Graf Kunata Kottulinsky; Ortsleiter war Graf Josef Paar. In Hartberg eroberte 1931 der Großdeutsche Hallamayr an der Spitze einer Heimatblockliste den 1926 an die Christlichsozialen verlorenen Bürgermeistersessel zurück – und behielt ihn bis zum Mai 1938; vgl. Stephan STIBOR, Hartberg 1918–1938, Oberwart 2010, 54–63, 421–424.

⁹⁵ Nl. Diakow 41, Brief Peter-Leiningens, 7.1.1928; Sacher habe den Zusammenschluss mit dem Heimatschutz Pfrimers immer bekämpft. Major Johann Peter war 1923 von Gräfin Hermine Leiningen-Westerburg adoptiert worden; vgl. Peter WIESFLECKER, „Das ist jetzt unsere Ordnung!“ Der innerösterreichische Adel zwischen 1918 und 1945. In: ZHVSt 101 (2010), 195–248, hier 203.

⁹⁶ Nl. Diakow 41, Diakow an Bundesleitung, 3.7.1928.

⁹⁷ Nl. Diakow 41, Diakow an Pabst, 21.7.1928.

⁹⁸ Nl. Diakow 41, Feldbacher Besprechung, 9.9.1928.

⁹⁹ Nl. Diakow 41, Diakow an Pabst, 10.9.1928.

gaben die Weizer Kameraden – neben Peter-Leiningen kam hier vor allem Franz Pichler¹⁰⁰ als politischer Leiter in Betracht – zu bedenken, wenn man nicht mit mindestens 2.000 Mann auftreten könne, solle man vielleicht doch lieber absagen. Das „Pro und Contra habe dort schon solche Formen angenommen, daß der Bürgermeister seine Stelle niederlegen wollte“. ¹⁰¹

Auch wenn das Echo des Weizer Aufmarsches in der Öffentlichkeit enttäuschend ausfiel,¹⁰² so verzeichnete Diakow als Ergebnis seiner Bemühungen im Heimwehrgebiet zwischen Ende 1927 und Herbst 1928 jedenfalls eine Verstärkung der Stände von 4.200 auf 7.500 Mann.¹⁰³ „Unter dem Druck der Zeit kamen wir in der straffen militärischen Organisation in wenigen Tagen mehr vorwärts als sonst in Monaten“, schwärmte Diakow zwei Wochen später nach dem Neustädter Aufmarsch.¹⁰⁴ An Schusswaffen waren 5.500 Gewehre und 135 MGs vorhanden. Personell war Hubers Kreis West mit 3.000 Mann weiterhin führend, bei der Zahl der MGs hingegen lag immer der Süden voran – ein Vorsprung, der vermutlich ein Erbe der Grenzkämpfe nach Ende des Ersten Weltkrieges darstellte.¹⁰⁵

¹⁰⁰ Pichler war der Erbe des Elektropioniers Franz Pichler, des Begründers der Elin-Werke, die seit 1908 mehrheitlich im Besitz Wiener Banken waren; Pichler betrieb daneben noch ein eigenes E-Werk. Er zählte eindeutig zum nationalen Flügel der Heimwehr, wurde nach dem Juliputsch mit einer Sühneabgabe belastet und war 1939–41 Bürgermeister von Weiz; vgl. Weiz. Weistum und Chronik, Weiz 1981, 123f., 136, 143; Leopold FARNLEITNER, Franz HAUSER und Hans RITZ. In: Weiz. Geschichte und Geschichten, Weiz 1997, 283–285, 316–318; MATHIS, Big Business (wie Anm. 40), 91f.

¹⁰¹ Nl. Diakow 41, Diakow an Pfrimer, 17.9.1928. Tatsächlich trat Bürgermeister Moritz Mosdorfer eine Woche nach dem Aufmarsch am 30. September zurück. Pichler errang bei den Gemeinderatswahlen 1930 mit einer „Unpolitischen Ständeliste“ 17% der Stimmen, die Zersplitterung der Bürgerlichen verhalf den Sozialdemokraten jedoch zum Gewinn eines zehnten Mandats und des Bürgermeisters; vgl. Weiz. Weistum und Chronik 108, 112.

¹⁰² Vielleicht war es ein Theaterbrand in Madrid, der Weiz aus den Schlagzeilen verdrängte? Jedenfalls nahmen weder das „Grazer Tagblatt“ noch das „Volksblatt“ davon Notiz. Rintelen und Seipel besuchten an diesem Wochenende in Kapfenberg, nicht allzu weit entfernt, gemeinsam eine Großveranstaltung der katholischen Arbeiterjugend; vgl. Grazer Volksblatt 24.9.1928, 3. Das Wochenende darauf war von den 800-Jahr-Feiern der Stadt Graz geprägt – und von dem Streik der Straßenbahner, der Strafella Ruf als „starker Mann“ begründete.

¹⁰³ Nl. Diakow 39, Stände und Dislokation der Heimwehr.

¹⁰⁴ Nl. Diakow 41, Diakow an Pfrimer, 8.10.1928.

¹⁰⁵ Nl. Diakow 39, Mapped: Stände und Dislokation der Heimwehr. Im Süden gab es mehr MGs als Bedienungspersonal. So verzeichnet eine etwas abweichende Liste der „Marschformationen“ vom November 1927 (Nl. Diakow 40) z.B. für Fürstenfeld 1500 Mann und 23 MGs, für Radkersburg nur 300 Mann, aber 41 MGs. Die Weststeiermark kam damals auf 1700 Mann und 35 MGs. Pfrimer schlug deshalb einmal vor, Jacken gegen MGs zu tauschen! (Besprechung vom 17.8.1928), Diakow an Pfrimer, 8.10.1928.

In Pfrimers Machtbereich war das zentrale Datum des Jahres 1928 die Gründung der „Unabhängigen Gewerkschaften“ im Mai, die vor allem im Einzugsbereich der Alpine-Montan rasch Zulauf erhielten – wobei über die Freiwilligkeit der Meldungen die Meinungen naturgemäß auseinandergehen.¹⁰⁶ Im Wiener Hauptverband der Industrie war bisher, bei einer Sitzung des Exekutiv-Komitees am 23. Februar, zwar über die Gewinnung der Elemente, „die einen Anschluß an die bestehenden bürgerlichen Parteien perhorrescieren“, durch Gründung einer neuen Partei gesprochen worden; doch im Gespräch mit Pfrimer ventilierte Apold, der tags zuvor auch von Seipel Zusicherungen über das „Interesse der Regierung an der H.W.-Bewegung“ erhalten hatte, dann bereits die Idee einer „Bindung der in der H.W. organisierten Arbeiter durch eine Gewerkschaft“.¹⁰⁷

Diakow war in dieser Beziehung von vornherein skeptisch: Er war gegen ein Eingreifen in die Arbeitskämpfe bei der Alpine-Montan, nicht zuletzt weil er befürchtete: „Überdies würden wir als Söldlinge der Unternehmer dastehen.“¹⁰⁸ Die Opposition der Sozialdemokraten war vorhersehbar;¹⁰⁹ doch selbst von Heimwehrseite wurden gegen das „Tottrampeln der nicht-marxistischen Gewerkschaften“ zuweilen Bedenken geäußert;¹¹⁰ auch Steidle, der im März bei Böhler an einem Mittagessen der obersteirischen Industriegrößten teilgenommen hatte,¹¹¹ sprach in diesem Zusammenhang von einem „Abweichen vom

¹⁰⁶ Vgl. Walter WILTSCHEGG, *Die Heimwehr. Eine unwiderstehliche Volksbewegung?* Wien 1985, 279–283; Barbara SCHLEICHER, *Heißes Eisen. Zur Unternehmenspolitik der Österreichischen Alpine-Montangesellschaft in den Jahren 1918–1933*, Frankfurt/M. 1999, 233ff., 350–365. Interessanterweise bezeichnete der Chronist der steirischen Arbeiterbewegung, Michael SCHA-CHERL (30 Jahre, wie Anm. 28, 166f.), Donawitz immer schon als „Schmerzenskind“: „Lohnreduktionen, die immer wieder erfolgten, brachten die Arbeiter in Scharen in die Organisation – nach dem Erfolge liefen sie wieder scharenweise davon. /.../ Die Geschichte der Erfolge und der Niederlagen der Arbeiter des Werkes Donawitz läßt vieles verstehen, was sich später dort entwickeln sollte.“

¹⁰⁷ Tb. Apold 22./23.2.1928; weitere Einträge z. B. über die Bereitstellung eines Autos zu „Agitationsfahrten“ (12./17.4.1928), „Ing. Oberegger ersucht mich um Ausarbeitung eines Wirtschaftsprogrammes für die neue Gewerkschaft.“ (21.6.1928.)

¹⁰⁸ Nl. Diakow 41, Diakow an Pabst, 18.5.1928. Auch innerhalb des Stahlwerksverbandes gab es Differenzen über die Taktik der Alpine, die sich bei Seipel um Rückendeckung bemühte. Insbesondere Generaldirektor Knauer von Felten & Guillaume vertrat eine nachgiebigere Linie (Apold-Tb. 10.4., 18./19.5.1928).

¹⁰⁹ Die sozialdemokratischen Gewerkschaften begingen vermutlich einen taktischen Fehler, als sie im Herbst von sich aus die bisherigen Kollektivverträge in der obersteirischen Hütten- und Montanindustrie aufkündigten (Arbeiterwille, 30.9.1928).

¹¹⁰ Nl. Diakow 41, Führerbesprechung 3.4.1928.

¹¹¹ Dazu notierte Apold: „Steidle wird sich bemühen, einen Weg zu suchen, um die unpolitischen H.W.-Mitglieder in die Einheitsfront einzubauen, u.zw. in der Weise, dass bei der Aufstellung

Programm“;¹¹² in der steirischen Arbeiterkammer stimmten auch christlich-soziale und völkische Kammerräte für eine Resolution, die sich gegen das Vorgehen der Heimwehren richtete.¹¹³

Eine Ausnahme machte die Deutsche Verkehrsgewerkschaft, die Anfang 1928 verlaublich wurde, sie binde ihre Mitarbeit an eine vorherige Vereinbarung, die am 8. März auch zustande kam. Die Deutsche Verkehrsgewerkschaft trat in ihrer Gesamtheit der Technischen Nothilfe (Teno) bei, die im Streikfall für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Dienste sorgen sollte.¹¹⁴ Eine besondere Rolle spielte darüber hinaus eines ihrer führenden Mitglieder, nämlich der großdeutsche Nationalrat Iring Grailer, der nicht bloß oft bei Apold vorsprach, sondern über den Kopf sowohl der Heimwehren als auch seines Klubs hinweg in Sachen Bundesbahn auch immer wieder direkt mit Seipel unterhandelte.¹¹⁵ Pabst beschwerte sich deshalb: „Grailer ist nicht etwa von Seipel bestimmt worden, die Eno (Eisenbahnnothilfe) auszubauen, sondern er hat im Rahmen der sogenannten Reichs-Teno das Referat für Eisenbahnnothilfe übernommen und sich daher nach den Weisungen der Bundesleitung zu richten.“¹¹⁶

von Kandidaten auf die Anzahl der unpolitischen H.W.-Stimmen Rücksicht genommen werden soll. Die Verhandlungen mit den politischen Parteien müssen sehr vorsichtig geführt werden, um das Weiterfließen der Unterstützungen für H.W.-Zwecke seitens des Hauptverbandes als Frucht gewisser Bemühungen der Regierung nicht zu gefährden.“ (Apold-Tb. 23.3.1928.)

¹¹² Noch in Köflach wiederholte Steidle: „Es ist auch nicht unsere Sache, Gewerkschaften zu bilden.“ Das sollten die Arbeiter selbst tun. Er wollte darin aber keinen Konflikt mit Pfrimer erblicken (Grazer Volksblatt, 21.5.1928, 3).

¹¹³ Vgl. den Leitartikel im Grazer Tagblatt vom 8.4.1928: „Die steirische Heimwehr isoliert?“; vgl. auch Grazer Volksblatt, Leitartikel vom 20.5.1928, der sich gegen den politischen Streik der Sozialdemokraten wie gegen die „Werksgarden“ des Heimatschutzes richtete.

¹¹⁴ Nl. Diakow 41, Pabst an Diakow, 9.3.1928. Die Ironie lag nicht zuletzt darin, dass es gerade die Forderungen der Deutschen Verkehrsgewerkschaft waren, die 1924 als Anlass für den Rücktritt Seipels als Bundeskanzler erhalten mussten; vgl. Jürgen STEINMAIR, Der Priesterpolitiker Ignaz Seipel und der Heilige Stuhl. Ein Konflikt der Loyalitäten?, phil. Diss. Wien 2012, 181f.

¹¹⁵ AdR, GDVP 7, Klubprotokoll 18.9.1927. Grailer gab an, Seipel hätte ihm Änderungen bei der Bundesbahn zugesagt, während Handelsminister Schürff feststellte, Grailer hätte nicht mit ihm, sondern nur mit dem Kanzler verhandelt, der das System der Personalvertretung bei der Bahn ändern wolle; Schürff befürchtete bei einem solchen Versuch eine sozialdemokratische Retourkutsche in Form der Lahmlegung des Zollausschusses durch Obstruktion. Grailer avancierte während des Ständestaates 1936/37 zum Sektionschef im Handelsministerium und Mitglied des Bundeswirtschaftsrates; vgl. Gertrude ENDERLE-BURCEL und Michaela FOLLNER, Diener vieler Herren. Biographisches Handbuch der Sektionschefs der Ersten Republik und des Jahres 1945, Wien 1997, 126–129.

¹¹⁶ Nl. Diakow 40, Pabst an Diakow, 19.12.1927. Grailer kandidierte 1930 für den Heimatblock; 1931 bescheinigte ihm der Alpine-Montan-Generalsekretär Busson, er sei innerhalb des Heimatblocks der „einzige Mann, der das Vertrauen grosser Gruppen der Bevölkerung und insbesondere der Industrie“ genieße. (AVA, BKA 4871, Mappe Kapfenberg, Memorandum Bussons „Um-

Was die Bewaffnung betraf, unternahm die Heimwehr unter Hinweis auf die Erfahrungen des 15. Juli, aber auch mit dem Hinweis: „So schlägt man in Rußland Bauernaufstände nieder“, Versuche mit „Gasgranaten“, sprich: Tränengas. Diakow berichtete, die Handhabung sei überaus einfach; Gottwald und er hätten den Typus an sich selbst ausprobiert – und seien zwei Stunden vollkommen arbeitsunfähig gewesen. Er schätzte den Bedarf auf 1.500 Stück à 10 S.¹¹⁷ Anlässlich des Köflacher Aufmarsches wollte er den Bundesgewaltigen einen Experten vorstellen, der auf dem Gebiet des „Gaswerfens“ Fachmann sei.¹¹⁸ Bei seinem Fortgang aus der Steiermark stellte Diakow dann freilich fest: „Merkwürdigerweise kümmert sich aber niemand um das Material, das in meinem Besitz ist“ – immerhin 300 Gashandgranaten und 120 Rauchköpfe.¹¹⁹

Ein immer wieder erwähntes Spezifikum der steirischen Heimwehr war auch der Besitz einer eigenen „Luftwaffe“. So hatte am 15. Juli 1927 Hauptmann August Raft-Marwil einen Erkundungsflug über Wien unternommen, um authentische Nachrichten über die Vorgänge in der Hauptstadt zu gewinnen.¹²⁰ Diakow musste im Herbst dann zwar eingestehen, momentan sei kein Flugzeug zur Hand, weil der eine Pilot an Magengeschwüren laboriere, der andere auf Urlaub weile; er versicherte Pabst jedoch, der Flughafen Thalerhof sei „fest in unserer Hand“.¹²¹ Auch des Mediums Film bediente sich die Heimwehr: Aufnahmen für einen Propagandafilm, der 1928 in die Kinos kam, wurden unter anderem in Stallhofen auf dem Gut von RAVAG-Direktor und Kreisleiter West Franz Huber durchgeführt.¹²² Es war freilich nicht untypisch, dass der Film in seiner ersten Fassung sowohl bei Steidle als auch bei Rauter Anstoß erregte, weil er Rintelens Rolle als „Schöpfer“ der Heimwehren zu sehr herausstrich.¹²³

wandlung des Heimatblocks“, Sommer 1931). Das Tagebuch Apolds verzeichnet schon 1928 regelmäßige Aussprachen mit Grailer (14.3., 4.4., 20.9., 2.10.1928); am 9. Februar sprach er mit einer Abordnung der „Teno“ bei Seipel vor (Schober-Archiv 21, Tagesnotizen 10.2.1928).

¹¹⁷ Nl. Diakow 41, Diakow an Pabst, 18.2.1928.

¹¹⁸ Bachofen soll eine Studie über den Einsatz von Gas sogar persönlich Schober übergeben haben. Nl. Diakow 41, Diakow an Pabst, 17.3. u. 15.5.1928.

¹¹⁹ Nl. Diakow 42, Diakow an Pabst, 5.6.1929.

¹²⁰ KA Wien, B/1043:22, fol. 922; Raft-Marwil schrieb, er sei in den Sog der Heimwehr geraten, habe ihr aber niemals angehört. Die Grazer Flugstaffel sei ursprünglich von Schober als Polizeifliegerabteilung gegründet worden, im Februar 1921 aber in einer „Nacht- und Nebelaktion“ an die Heimwehr übergeben worden, sobald die Botschafterkonferenz der Entente bzw. die Italiener ihre Zustimmung zur Errichtung der Staffel zurückgezogen hätten (B/1043:20, fol. 796, 807, 835).

¹²¹ Nl. Diakow 40, Diakow an Pabst, 26.10.1927.

¹²² Nl. Diakow 40, Landesleitung 5.1.1928; Diakow an Pfrimer, 14.11.1927.

¹²³ Nl. Diakow 41, Diakow an Pabst, 13. u. 15.2.1928. Rauter veröffentlichte in der Kärntner „Hei-

IV. Heimwehr und Parteien

Die Heimwehren sahen sich als bürgerliche Integrationsbewegung, zumindest für den rechten Flügel beider Lager. Tatsächlich hat es den Anschein, als ob lagerinterne Rivalitäten in den Jahren 1927–29 über die fundamentalen „cleavages“ die Oberhand behalten hätten. Auch das „O mani padme hum“ der 1. Republik, das Anschluss Thema, spielte in den Überlegungen der Heimwehr eine erstaunlich geringe Rolle: Selbst Pfrimer als Alldeutscher gab bereitwillig zu, es liege ihm fern, den Anschluss in einer Weise zu propagieren, „die uns Italien oder Ungarn auf den Hals jagen würde“.¹²⁴ Ganz im Gegenteil: Kurz darauf, so berichtete Pabst, wurde Pfrimer beim ehemaligen kaiserlichen Ministerpräsidenten Grafen Heinrich Clam-Martinic, dem Führer der Monarchisten, um Geld vorstellig, wenn auch ergebnislos.¹²⁵ Steidle galt als Exponent des anschlussfreudigen Flügels der Christlichsozialen. Doch auch er erteilte – ebenso wie nach ihm Starhemberg mit seiner christlich-nationalen Synthese – den 150%-igen, die alles Heil vom Anschluss erwarteten, eine verklausulierte Absage: „Ob man an die Existenz von Österreich glaubt oder nicht, ist eine Privatsache. Vorläufig aber müssen wir auf Grund der Verträge und der internationalen Lage an die Existenz Österreichs glauben. Daher das Streben, diesen Staat, aus dem wir nicht herauskönnen, so wohnlich als möglich einzurichten.“¹²⁶

Nicht der Unterschied von christlich oder national sorgte im Frühjahr 1928 für Unfrieden und Misstrauen im Grazer Umfeld. Widerstand gegen den Stabsleiter regte sich aus einem ganz anderen Grund: Diakow war seit 1926 stellvertretender Vorsitzender und eigentlicher Leiter des „Wirtschaftsvereins für Österreich“, der die Anhänger des eigenwilligen Theologen Prof. DDDr. Johannes Ude, des „Savonarola von Graz“, um sich sammelte.¹²⁷ Der „Wirtschaftsverein“ kann übrigens auch als Vorkämpfer des berufsständischen Gedankens gelten. Das galt insbesondere für seinen Repräsentanten in Oberösterreich, der 1930 dann für den Heimatblock in den Nationalrat einziehen sollte,

matschutz-Zeitung“ eine ungünstige Rezension; bei Steidle könne von „Verstimmung“ keine Rede sein, er habe nur gelächelt, behauptete allerdings Pabst am 17.2.1928.

¹²⁴ Nl. Diakow 40, Gedächtnisprotokoll 20.10.1927.

¹²⁵ Nl. Diakow 40, Pabst an Diakow, 19.12.1927.

¹²⁶ Nl. Diakow 41, Führerbesprechung 3.4.1928.

¹²⁷ Der Vergleich mit Savonarola stammt von Eberle in der „Schöneren Zukunft“ (zitiert in Österreichischer Bund, 22.4.1927, S. 4); vgl. ebd. 4.12.1926 über die zweite Delegiertenversammlung des Wirtschaftsvereins in Graz am 28. November. Die Obmannstelle blieb für Ude reserviert, die Leitung des Vereins oblag de facto Diakow und dem 2. Stellvertreter, Baron Pawel-Rammingen.

Odo Neustädter-Stürmer, der im „Österreichischen Bund“, der Zeitung des „Wirtschaftsvereins“ (Untertitel: Gegen Korruption, für Gerechtigkeit und Sparsamkeit) seine programmatischen Aufsätze veröffentlichte.¹²⁸ Freilich: Bei den Wahlen vom April 1927 hatte sich der „Wirtschaftsverein“ – im Gefolge der Anschuldigungen gegen führende Landespolitiker im Zuge der Bankenskandale – als Antikorruptionspartei in die Niederungen der Politik begeben. Das Antreten des Ude-Verbandes kostete die Einheitsliste zigtausende Stimmen.¹²⁹ In der Steiermark zogen zwei Abgeordnete, der Eggenberger Kaufmann Alois Sernetz und Franz Oberegger von der Angestelltenpartei, für den Ude-Verband in den Landtag ein.¹³⁰

Die Christlichsozialen waren über die Konkurrenz aus den eigenen Reihen erbost. Bekannt war das Vorgehen Bischof Pawlikowskis, der Ude ein Rede- und Versammlungsverbot erteilte (das erst kurz vor den Wahlen aufgehoben wurde) und ihm die Kandidatur untersagte; selbst Kanzler Seipel hielt in der Woche vor der Wahl in Graz eine Rede über „Die Einheitsliste und die Ude-Bewegung“.¹³¹ Eine persönliche Fehde focht der Ude-Verband auch mit dem großdeutschen Abg. Ernst Hampel aus, den er der „Beamtenfeindlichkeit“ bezichtigte, ein für einen Großdeutschen höchst unüblicher, aber dafür umso gefährlicherer Vorwurf.¹³²

¹²⁸ Vgl. insbesondere den Artikel „Wirtschaftspolitik“ in Österreichischer Bund vom 18.12.1926. In der Nummer vom 1.–15.3.1930 (Jg. 5, Nr. 5) widmete Neustädter-Stürmer Diakow unter dem Titel „Ein österreichisches Schicksal“ einen Leitartikel. Zu den Anhängern Udes zählten, wie aus der Korrespondenz hervorgeht, auch ein Nachfahre des Kriegsministers Kuhn v. Kuhnelfeld in Peuerbach und Schönerers Enkel, Oberst Julian v. Zborowski, der früher auch als Stellvertreter Winklers im Leitungsgremium der steirischen Heimwehr saß (Nl. Diakow 32; bei RAPE, Heimwehren (wie Anm. 3), 364, irrtümlich als Sprecher der Christlichsozialen bezeichnet). Ab Juli 1927 verfasste auch der ehemalige Obmann der Großdeutschen Volkspartei, Hermann Kandl, laufend Beiträge für den „Österreichischen Bund“.

¹²⁹ Der Ude-Verband erhielt bundesweit 35.471 Stimmen, davon fast zwei Drittel (23.203) in der Steiermark; im übrigen Bundesgebiet erreichte er nur in Tirol mehr als 1%; vgl. Statistische Nachrichten, Sonderheft Dezember 1927: Wahlstatistik. Nationalratswahlen vom 24. April 1927. Einzeldarstellung nach Gemeinden und Geschlecht, 8f.

¹³⁰ An 3. Stelle kandidierte für den Ude-Verband auch Marie Peter-Leiningen, eine geborene Reininghaus, die Frau von Diakows Büroleiter (und Weizer Gauführer) in der Heimwehr. Im Wahlkreis Graz erzielte der Ude-Verband 1927 über 10% der Stimmen, in der Ost- und Weststeiermark fast 5%, in der Obersteiermark nur wenig mehr als 1%, vgl. auch Josef LIPP, Der steiermärkische Landtag. Die Landtagswahlordnung und die Landtagswahlergebnisse der Steiermark in der 1. Republik, Graz 1991, 95–98.

¹³¹ Grazer Volksblatt, 20.4.1927; Österreichischer Bund 2. u. 22.4.1927. Ude setzte sich neben seinen politischen Programmpunkten auch für Lebensreform ein, den Kampf gegen Alkohol und Prostitution, was nicht immer auf Zustimmung stieß. Diakow begeisterte sich auch später besonders für die „produktive Arbeitslosenfürsorge“, den Arbeitsdienst.

¹³² Vgl. die Flugblätter („Wahltag ist Zahhtag“) in Nl. Diakow 43. Die Einheitsliste konterte mit den

Gewisse Fäden verbanden den Ude-Verband dafür mit dem Landbund, dem unbestrittenen Sieger der Wahlen,¹³³ der schon einmal als „Standesgruppe“ eine gewisse Wertschätzung genoss.¹³⁴ Diakow „mußte mit dem Landbund in der Steiermark ein Bündnis abschließen, daß ihre Wahlzeugen auch für uns arbeiten“. Im Gegenzug habe der Ude-Verband seine Stimmen in Niederösterreich und dem Burgenland für den Landbund freigegeben.¹³⁵

Mit einiger Verspätung wurde Diakow im Frühjahr 1928 die Rechnung für seine Aktivitäten im Rahmen des Ude-Verbandes präsentiert. Der Generalsekretär der steirischen Christlichsozialen (und spätere Landeshauptmann) Karl Maria Stepan¹³⁶ beschwerte sich in einem Schreiben vom 11. April darüber, dass Diakow „die Leitung der Ude-Partei übernommen“ habe; zum Ausgleich müssten die Christlichsozialen auf der Entsendung eines Vertrauensmannes in die Leitung der Heimwehren bestehen. Auf der Sitzung der Landesleitung am 18. April brachte – in Abwesenheit Bachofens unter dem Vorsitz des Landbündlers Wehinger – der weststeirische Kreisleiter Huber die Vorwürfe zur Sprache: „Wenn das Prinzip der Unparteilichkeit durchbrochen werde, ist die Heimwehr erledigt.“¹³⁷ Die offenkundige Retourkutsche, dass es sich bei der Landesleitung selbst um ein Gremium handle, von deren vierzehn Mitgliedern neun der christlichsozialen Partei angehörten (und drei weitere als Vertrauensmänner Rintelens galten), wurde abgeschmettert.¹³⁸ Es gehöre doch keiner der

Versen: „Dumm ist, wer zu Ude zählt/ Dümmer ist, wer Landbund wählt/ Noch dümmer, der den Sozi nutzt/ am dümmsten, der zu Hause sitzt.“

¹³³ Der Landbund stieg von 11,4% auf 16,2%, am stärksten fielen seine Gewinne in der Oststeiermark aus; vgl. Alexander HAAS, Die vergessene Bauernpartei. Der Steirische Landbund und sein Einfluß auf die österreichische Politik 1918–1934, Graz 2000, 185–187.

¹³⁴ Vgl. Österreichischer Bund, 29.1.1927. Auf dem Delegiertentag des Wirtschaftsvereins hatte es geheißen, es gehe darum, „die schwarz-grüne Scheidewand draußen am Lande niederzureißen“. (Ebd. 4.12.1926.)

¹³⁵ Nl. Diakow 45, Diakow an Liszt, 18.4.1927. Diakow sprach damals von 62 Ortsgruppen in der Steiermark (ebd., 5.3.1927). Gerade mit dem Wiener Vorsitzenden Eduard v. Liszt war Diakow später in eine Reihe von Prozessen verwickelt.

¹³⁶ Laut Dieter A. BINDER, Karl Maria Stepan. Versuch einer Biographie. In: ZHVSt 73 (1982), 161–181, hier 167, sei Stepan allerdings schon am 15. Februar 1928 als Direktionssekretär in den Katholischen Preßverein gewechselt; auf alle Fälle scheint sein Verhältnis zu Rintelens damals bereits getrübt gewesen zu sein.

¹³⁷ Nl. Diakow 41, Landesleitung 18.4.1928.

¹³⁸ Nl. Diakow 41, Diakow an Pabst, 30.4.1928. Das Protokoll der Sitzung verzeichnet zwölf Personen: Wehinger (Graz-West), dann Arbeiter, Gierlinger (Radkersburg), Handl, Hrusak, Huber (Kreis West), Ircher (Gf. Ost), Mejak (Jungmannschaft), Morsey (Kreis Ost), Peter-Leiningen (Weiz), Sacher-Masoch (Hartberg), Wölcher (Köflach).

Betreffenden der Leitung der Partei an. Ircher z. B. machte geltend, er sei ja nur beim „Volksblatt“, aber bekleide keine Funktion in der Partei.

Diakow entgegnete, sein Engagement beim Ude-Verband habe am 15. Juli 1927 doch auch niemand gestört. Auch habe man bereits in der Woche nach der Wahl beschlossen, keine Wahlgemeinschaft mehr zu bilden, sondern den „Wirtschaftsverband für Österreich“ unpolitisch weiterzuführen.¹³⁹ Schließlich wurde Diakow eine Frist bis zum 1. Mai eingeräumt, sich für eine seiner beiden Funktionen zu entscheiden. Pabst riet ihm, als Leiter der Ude-Partei zurückzutreten und in der Heimwehr weiter zu machen. „Gerade augenblicklich sind Sie nötiger denn je.“ Auf der Landesleitung am 3. Mai verwarhte sich Bachofen dagegen, dass „eine Partei ihm Vorschriften machen will über die politische Einstellung seiner Mitarbeiter“. Mehrere Teilnehmer betonten inzwischen auch, dass Rintelen großen Wert darauf legte, Diakow zu behalten, der über diese widersprüchlichen Informationen einigermäßen perplex war: Schließlich seien die Angriffe auf ihn „erfolgt von Rintelen-Männern aus“. Erst nach einer „rückhaltlosen Aussprache“ Bachofens mit Rintelen ließ sich Diakow schließlich überzeugen, dass Rintelen mit der Kampagne gegen ihn nichts zu tun habe.¹⁴⁰ Noch im Sommer (26./30. Juli) legte er seine Stellen im Wirtschaftsverband zurück.¹⁴¹

Man mag den Vorstoß Stepans und Hubers als einen Versuch der Christlichsozialen betrachten, die Kontrolle über die Heimwehren zurückzugewinnen, die ihnen seit dem Abgang Ahrers entglitten war. Interessant war die Rolle, die Pfrimer und Rintelen bei diesem Sturm im Wasserglas spielten. Während Rintelen in der Unterredung mit Bachofen offenbar überzeugend jeglichen Verdacht auszuräumen verstand, er habe bei der Aktion die Hand im Spiel gehabt, fällt auf, dass Pfrimer im Zusammenhang mit der Debatte um die Gründung der „unabhängigen Gewerkschaften“ nahezu zeitgleich mit Stepans Schreiben am 8. April im „Grazer Tagblatt“ einen Artikel lanciert hatte, den Diakow als „Kampfansage an den Bund“ (und an seine Position in dieser Frage) interpretierte.¹⁴² Pabst hatte wenige Monate zuvor an die Solidarität der Soldaten appelliert. Kam es jetzt im Gegenzug zu einer gemeinsamen Fronde der Politiker gegen die selbstherrlichen Offiziere?

¹³⁹ Nl. Diakow 46, Führerbesprechung 1.5.1927.

¹⁴⁰ Nl. Diakow 41, Landesleitung 3.5.1928. Kritik einstecken musste insbesondere der Hartberger Gauführer Friedrich v. Sacher-Masoch, dem Morsey – obwohl mit ihm befreundet – sagen ließ, er solle sich informieren, bevor er Behauptungen in den Raum stelle. Sacher hatte 28 Jahre in Ungarn gelebt und galt als Nachrichtenoffizier der Führung (Nl. Diakow 40, Gottwald 30.11.1927).

¹⁴¹ Nl. Diakow 41, Diakow an Pabst, 30.7.1928.

¹⁴² Nl. Diakow 41, Diakow an Pabst, 9.4.1928.

Zur gleichen Zeit geriet Pfrimer allerdings auch in eine Kontroverse mit Rintelen. „König Anton“ verhartete nach dem Ende seiner kurzen Minister-schaft im Herbst 1926 zunächst in einer Warte-position, weil die Sozialdemokraten im Falle seiner Kandidatur im Landtag mit Auszug – und Beschluss-unfähigkeit – gedroht hatten, ähnlich wie in Kärnten, wo sie 1927 die Wiederwahl Schumys verhinderten. In Kärnten wurde die Krise mit der Wahl der Legende Arthur Lemisch zum Landeshauptmann überwunden. In Graz hingegen befahl die Sozialdemokratie nach zwei Interims-Landeshauptleuten (Gürtler und Paul) im April 1928 plötzlich Kehrtmarsch und legte der Wahl Rintelens trotz verbaler Proteste keine weiteren Hindernisse in den Weg.¹⁴³

Dieser unerwartete Kurswechsel nährte Gerüchte über eine geheime Über-einkunft zwischen Rintelen und den Sozialdemokraten. Pfrimer lancierte des-halb kaum verhüllte Angriffe im „Grazer Tagblatt“, das als sein Sprachrohr galt.¹⁴⁴ Man hegte die Besorgnis, „die Wahl Rintelens werde zu einer Änderung unseres politischen Systems führen“,¹⁴⁵ nämlich zu einer „schwarz-roten Ko-alition“. Rintelen werde „von den Sozialdemokraten als Sturmbock gegen Sei-pel“ benutzt, der wegen seiner (und Kienböcks) harten Finanzpolitik mit den christlichsozialen Ländervertretern in Konflikt geraten sei.¹⁴⁶ Es drohe eine Neuauflage der „Länderregierung“ vor 1926, diesmal allerdings unter sozialde-mokratischer Beteiligung; den Ländern solle im Gegenzug eine verstärkte

¹⁴³ Zur Bestätigung des Gerüchts, die Industrie habe die Ablösung Pauls gefordert (vgl. Hannes P. NASCHENWEG, Die Landeshauptleute der Steiermark 1236–2002, Graz 2002, 212), finden sich als Indizien die Beschwerden Apolds, „daß der steierm. Landeshauptmann sich sozusagen an die Spitze einer planmäßigen Hetze gegen die Alpine stelle (siehe Wieser Volksversammlung) und dass er sich bemühe, die Alpine aus der Betriebsführung der GKB zu drängen, die diese auf dringenden Wunsch des Finanz-Ministers übernommen habe“ (Apold-Tb. 23.11.1927). Das Grazer Tagblatt (18.4.1928) hingegen hielt derlei Meldungen des „Arbeiterwille“ für „gänzlich aus der Luft gegriffen“; als „Hinrichtungskommando“ habe vielmehr eine dreigliederige Abord-nung der Christlichsozialen fungiert; Drahtzieher sei der Grazer Bezirksschulinspektor Schmid gewesen, ein Vertrauter Rintelens.

¹⁴⁴ „Die Tagespost folgt dem Geheiss Antons, das Tagblatt jenem Pfrimers.“ (Nl. Diakow 42, Dia-kow an Pabst, 5.6.1929.)

¹⁴⁵ Grazer Tagblatt, 24.4.1928.

¹⁴⁶ Vgl. dazu Steiermärkisches Landesarchiv, Nl. Hartleb 17, Mappe Korrespondenz 1922–32, Brief Kienböcks 10.3.1928: Die „Kontrolle der Bundesregierung über die Gebarung der Länder“ solle „eine Vorstufe zur Geltendmachung einer gerechteren Abgabenteilung gegenüber Wien bilden“. Der Konflikt wurde in der Vorlage zur Novelle des Finanzausgleichs im Herbst mit ei-nem partei-internen Kompromiss zu Lasten des „roten Wien“ aus dem Wege geräumt: 26 Mio. S sollten von Wien zu den Ländern wandern, der Bund noch 5 Mio. dazuzahlen; dafür fielen ab jetzt auch die Länder unter die Finanzkontrolle; vgl. Arbeiterwille, 26.9.1928: „Für 5 Millionen die Länderautonomie verkauft“; Grazer Volksblatt, 27.9.1928.

Autonomie eingeräumt werden.¹⁴⁷ Rintelen antwortete in einem offenen Brief im „Grazer Volksblatt“ vom 22. April, der Schreiber solle „positive Belege“ oder zumindest seinen Namen nennen, sonst wisse „jeder anständige Mensch, was er von Ihnen und Ihren Hintermännern zu halten hat“.¹⁴⁸

Auch Pabst fragte sich: „Hat Rintelen tatsächlich den Roten Wahlversprechungen gemacht?“ Ein Tag später setzte er nach: „Entweder betrügt ‚Jener‘ uns oder die Roten; in jedem Fall spielt er ein schweres Spiel.“¹⁴⁹ Diakow ging auf die bundespolitischen Kombinationen nicht weiter ein. Er gab zu, die Gerüchte, Rintelen habe den Sozialdemokraten die Schaffung eines Groß-Graz versprochen,¹⁵⁰ beruhten auf lauter „vagen Vermutungen“, die offenbar aus Landbundkreisen herrührten. Doch eine gewisse Verstimmung schwingt nach, wenn er resümierte: „Es unterliegt keinem Zweifel, daß Rintelen seine Wahl nur der Geometrie verdankt und nicht dem allgemeinen Vertrauen.“¹⁵¹ Die Bundesleitung legte nach der öffentlichen Polemik besonderen Wert darauf, daß „Pfrimer und Rintelen vor Zeugen zu einer klaren und eindeutigen Aussprache kommen“. Eine Gelegenheit dazu ergab sich im Vorfeld des Köflacher Aufmarsches am 20. Mai, auch wenn Rintelen die Tiroler lieber alleine – ohne Pfrimer – empfangen hätte.¹⁵² Pabst hatte kurz vorher noch angefragt, ob Rintelen in Köflach als „Landeshauptmann oder als Parteiobmann“ sprechen werde. Die salomonische Lösung lautete: Rintelen nahm nicht teil, sondern begnügte sich mit einem Telegramm. „Über den Grund des Fernbleibens mündlich; andeuten kann ich nur, daß der Grund ‚oben‘ zu suchen ist“, kommentierte Diakow kryptisch.¹⁵³ Steidle aber konnte sich in Köflach den Seitenhieb

¹⁴⁷ Grazer Tagblatt, 20.4.1928, unter Berufung auf die „Innsbrucker Nachrichten“, ebenfalls ein nationales Blatt, aber Steidle nahestehend. Auffallend war, daß Pfrimer mit seiner Kampagne gegen Rintelen indirekt für Gürtler als Landeshauptmann eintrat, der in der Öffentlichkeit weit mehr als Verfechter einer schwarz-roten Koalition galt. Vgl. auch GÖRKE, Rintelen (wie Anm. 88), 103–106, bzw. das Urteil BERGER-WALDENEGGS über Rintelen (Biographie im Spiegel, wie Anm. 24, 383): „Aber die Tatsache blieb, daß er in jedem Kanzler den Mann erblickte, der ihm den Weg versperrte.“

¹⁴⁸ Grazer Volksblatt, 22.4.1928, 7; am 25.4. schrieb das „Volksblatt“ dann, das „Tagblatt“ scheinete „seine schwere Entgleisung einzugestehen“.

¹⁴⁹ Nl. Diakow 41, Pabst an Diakow, 27. u. 28.4.1928.

¹⁵⁰ Vgl. auch Meinhard BRUNNER, Die allgemeine politische und soziale Entwicklung von Graz 1850 bis 2003. In: Geschichte der Stadt Graz, Bd. 1, Graz 2003, 215–310, hier 254f. Im Landtag wurde im Herbst immerhin ein Sonderausschuss eingerichtet, der über die Schaffung von Groß-Graz beraten sollte (Arbeiterwille, 30.9.1928).

¹⁵¹ Nl. Diakow 41, Diakow an Pabst, 2. u. 4.5.1928. In diesem Zusammenhang charakterisierte Diakow übrigens auch „Oberst Hiltl als bedingungslosen Anhänger Rintelens“.

¹⁵² Nl. Diakow 41, Pabst an Diakow, 14.5.1928.

¹⁵³ Nl. Diakow 41, Pabst an Diakow, 4.5.1928; Diakow an Pabst, 15.5.1928. Rintelen sprach am

nicht verkneifen: „Es gab in letzter Zeit viele Leute, die ihr Deutschtum dadurch beweisen wollten, daß sie unter uns Unfrieden zu stiften versuchten. Und ich stehe deshalb hier, um dem Kameraden Pfrimer die Hand zu reichen ...“¹⁵⁴

Nicht bloß die Lokalpolitik, auch die internationalen Konstellationen wurden 1928 erstmals intensiver in den Kreis der Überlegungen einbezogen. Lajos Kerekes hat schon in den sechziger Jahren über die Initiative des ungarischen Ministerpräsidenten Bethlen berichtet, der im April 1928 bei Mussolini eine Unterstützung der Heimwehren anregte,¹⁵⁵ während die italienische Botschaft in Wien sich noch längere Zeit äußerster Zurückhaltung befleißigte. Doch die verschärften Spannungen zwischen Italien und dem SHS-Königreich (ab 1929: Jugoslawien) riefen schon früher die Aufmerksamkeit der Heimwehren auf den Plan. Als Ergebnis einer „Vorsprache“ in Innsbruck am 3. Februar 1928 meldete Diakow, der Nachrichtendienst werde auf das Ausland ausgedehnt. Er werde trachten, „ein entsprechendes Konfidentennetz im SHS-Staat auszubauen“, machte aber zugleich darauf aufmerksam: „Wenn ein Nachrichtendienst einen Zweck haben soll, dann muß er laufend unterhalten werden und darf sich nicht auf eine fallweise Tätigkeit beschränken.“¹⁵⁶

Am 8. Februar 1928 wurde das Problem mit den Kärntnern in einem Planspiel besprochen: Die Steirer waren der Ansicht, dass Italien die Neutralität Österreichs im Fall eines Krieges mit Jugoslawien nicht verletzen werde, weil dafür keine militärische Notwendigkeit bestehe: „Ein Analogon mit Belgien liegt nicht vor.“¹⁵⁷ Die Kärntner hingegen glaubten an einen Vorstoß schneller Einheiten aus dem Pustertal und weiter entlang der Drau. Als Beschluss wurde noch festgehalten, dass die Heimwehren jedenfalls einem gegnerischen Einmarsch mit Waffengewalt entgegen treten würden. Die gewünschte „restlose Klärung unseres Verhaltens in einem italienisch-jugoslawischen Konflikt“ war das nicht, wie Diakow resignierend feststellte, nur „der Beginn der Besprechungen“.¹⁵⁸ Am 1. Juni

20. Mai dann ausgerechnet in der Heimatschutz-Hochburg Donawitz vor dem Katholischen Arbeiterverein, bevor er zum Stiftungsfest der „Traungau“ nach Graz weiterfuhr (Grazer Volksblatt, 22.5.1928, S. 3).

¹⁵⁴ Grazer Volksblatt, 21.5.1928, S. 3.

¹⁵⁵ Lajos KEREKES, *Abenddämmerung einer Demokratie. Mussolini, Gömbös und die Heimwehr*, Wien 1966, 9ff.

¹⁵⁶ Nl. Diakow 41, Diakow an Pfrimer, 7.2.1928. Schon am 6.12.1927 hatte Diakow gemeldet, er habe durch einen „verlässlichen alten Freund“ Verbindung mit dem Mazedonien-Komitee aufgenommen.

¹⁵⁷ Nl. Diakow 41, Besprechung mit Hülgerth, 8.2.1928.

¹⁵⁸ Nl. Diakow 41, Diakow an Pfrimer, 9.2.1928.

hielt Steidle in Wien Rücksprache mit Seipel wegen „der Lage Jugoslawien – Italien“.¹⁵⁹

Die italienisch-ungarische Orientierung war für die Heimwehren naheliegend; sie wurde ab Mitte 1928 dann auch durch finanzielle Bande fester geknüpft. Aber ein kluger Politiker hält sich alle Türen möglichst lange offen. So urteilte auch Pabst: Die Variante einer Grenzverletzung durch Jugoslawien sei unwahrscheinlich; eher schon werde eine solche durch Italien erfolgen. Am besten wäre es, so seine Schlussfolgerung, sich erst dann auf eine Seite zu schlagen, wenn der Erfolg klar sei, „wie Rumänien im 2. Balkankrieg“.¹⁶⁰ Von slowenischer Seite habe man sich angeblich sogar an Steidle gewandt, er möge zwischen ihnen, den Volksdeutschen und den Kärntnern vermitteln. Bei Verhandlungen in Velden soll ein Vertreter des jugoslawischen Generalstabs den Heimwehren ebenfalls Unterstützung in Aussicht gestellt haben. Die Verbindung wurde über den Innsbrucker Nachrichtenoffizier der Heimwehr, Erich Rodler, aufrecht erhalten, der freilich bald darauf von seinen Gesprächspartnern mit der Nachricht konfrontiert wurde, ihren Informationen zufolge verhandle Steidle bereits mit Mussolini.¹⁶¹

Steidle wollte sich die politischen Kontakte – und das liebe Geld – gerne selbst vorbehalten;¹⁶² er hat das heikle Problem eventueller Waffentransporte aber offenbar gerne an die Steirer delegiert. Diakow – als Stabsleiter Steiermark damals bereits in statu abeundi – hielt sich deshalb zwischen 22. und 26. September 1928 in Rom auf, doch seine Mission entwickelte sich zu einer Komödie der Irrungen, denn „die Verhältnisse lagen weitaus anders als man sie mir geschildert hatte“.¹⁶³ Er meldete sich programmgemäß auf der ungarischen Gesandtschaft, die ein Gespräch mit einem italienischen Oberst vermittelte; Diakow zeigte sich jedoch irritiert, als sein Gesprächspartner an der Fiktion festhielt, die Waffen (5.000 Gewehre und einige Dutzend MGs, in den Planungen verschämt als Orangen und Zitronen umschrieben) seien für Ungarn bestimmt.

¹⁵⁹ Nl. Diakow 41, Pabst an Diakow, 1.6.1928.

¹⁶⁰ Nl. Diakow 40, Pabst an Landesleitung Steiermark, 19.12.1927.

¹⁶¹ KA, B/653/1, Nl. Rodler: Von Conrad zu Keitel. Erinnerungen eines österreichischen Nachrichtenoffiziers, fol. 92–95. Auch Pfrimer wurde später einmal nachgesagt, der jugoslawische Botschafter zähle zu seinen Jagdfreunden (PA/AA, Pol. 2/3, 10.12.1929).

¹⁶² Ende August traf der erste italienische Scheck über 600.000 S für die Heimwehren auf dem Weg über Ungarn ein; vgl. Documenti Diplomatici Italiani, Serie VII, Bd. 6, Rom 1967, 337 (4.6.), 428 (17.7.), 510 (24.8.1928); D. NEMES, Die „österreichische Aktion“ der Bethlen-Regierung. In: Acta Historica 11 (1965) 187–258, hier 207; R. John RATH, Mussolini, Bethlen, and the Heimwehr in 1928–1930. In: Solomon WANK et al. (Hg.), The Mirror of History. Essays in Honour of Fritz Fellner, Santa Barbara 1988, 431–450, hier 434.

¹⁶³ Nl. Diakow 41, Bericht Diakows, Klagenfurt, 27.9.1928.

Diakow holte sich vom ungarischen Gesandten deshalb eigens die Erlaubnis, „frei zu sprechen“. Man fand sich aber nur in der Erkenntnis der Schwierigkeiten: „Die Lage sei so, daß man ein neuerliches Gotthard nicht vertrage.“¹⁶⁴ Anstelle des Bahntransports wurden daher Lastwagenfahrten über Osttirol in Aussicht genommen. Dazu benötige man „gründliche Vorbereitungen“; für allfällige Kämpfe, die sich aus dem Neustädter Aufmarsch ergeben könnten, kämen die Lieferungen auf jeden Fall zu spät. Schließlich wurde Diakow an das Außenministerium rückverwiesen und reiste unverrichteter Dinge ab.¹⁶⁵ Auch dem nächsten steirischen Emissär, Pfrimers Murtaler Kreisleiter Baron Arbeser-Rast auf Spielberg, erging es wenige Monate später nicht besser.

V. Höhepunkt und Verschmelzung

Das bestimmende Ereignis des Jahres 1928 war für die Heimwehren zweifellos der Aufmarsch in Wiener Neustadt am 7. Oktober.¹⁶⁶ Angemeldet wurde der Aufmarsch schon am 5. Juni. Als die Vorbereitungen schon im Gang waren, ließen die Geldgeber in der Industrie jedoch plötzlich erkennen, dass sie daran kein Interesse mehr hätten. Erst in einer Sitzung am 24. August unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers sei es gelungen, die Industrie wieder umzustimmen.¹⁶⁷ Es war bei dieser Gelegenheit, dass Seipel zitiert wurde: „Wenn die Straße ein Argument ist, darf man sie nicht den Sozialdemokraten als Privileg überlassen.“¹⁶⁸ Fünf Tage später, am 29. August, erfolgte die behördliche Genehmigung des Aufmarsches, am 4. September wurden die Details in einer

¹⁶⁴ Beim Grenzübergang St. Gotthard waren im Jänner 1928 schon einmal fünf Waggons Waffenlieferungen aufgedeckt worden; vgl. DDI VII/6, 4, 8, 14, 17, 29; Gyula JUHASZ, *Hungarian Foreign Policy 1919–1945*, Budapest 1979, 87.

¹⁶⁵ Nl. Diakow 41, Bericht Aktion ‚Tü‘, Mai 1929; Rückblick in Nl. Diakow 37, fol. 37ff.

¹⁶⁶ Vgl. WILTSCHEGG, *Heimwehr* (wie Anm. 106), 45–47; vgl. auch den Artikel im „Österreichischen Bund“ vom 15.10.1928: „Der abgesagte Bürgerkrieg“.

¹⁶⁷ Nl. Diakow 41, Salzburger Tagung 4.9.1928, vgl. auch NEMES, *Österreichische Aktion* (wie Anm. 162), 207f.; der Grazer „Arbeiterwille“ vom 20.9.1928 stellte in seinen Spekulationen diesen Zusammenhang auf den Kopf: „Die Herren vom Schwarzenbergplatz diktieren den von ihnen bezahlten Heimwehrrhäftlingen.“ Auch die Interpretationen bei Klemens von KLEMPERER, Ignaz Seipel. *Christian Statesman in a Time of Crisis*, Princeton 1972, 278–281, sind in diesem Sinne wohl zu revidieren.

¹⁶⁸ Nl. Diakow 37, fol. 15. Im Parlament argumentierte Seipel, es dürfe innerhalb Österreich keine „fremden Gebiete“ geben. Deshalb hätten die Heimwehren „nicht ganz unrecht, wenn sie in einem friedlichen Aufmarsch auch einmal in die Industriegegend kommen wollen, um zu zeigen, daß sie da sind“. (StPNR III 1628, 3.10.1928.)

Sitzung in Salzburg besprochen.¹⁶⁹ Allenfalls eine Verschiebung des Aufmarsches, um der sozialdemokratischen Gegenkundgebung auszuweichen, wurde noch eine Zeitlang ventiliert.¹⁷⁰

Schon einige Tage vorher hatte die „Münchener Zeitung“ stolz hinausposaunt: „Seipel für die Heimwehr“. Pabst hielt diese Reklame für einen taktischen Fehler.¹⁷¹ Denn Seipel wollte die Sitzung vertraulich behandelt wissen, und „wir haben uns geeinigt, ihm vorläufig keine Bäume in den Weg zu werfen“. Als Resultat werde, so schloss Pabst hintergründig, „das, was wir (nicht Seipel) letzten Endes hoffen und wünschen, nicht eintreten“.¹⁷² Otto Bauer griff die Zeitungsnotiz in einer Parlamentsrede am 3. Oktober auf: Er habe sich ursprünglich gedacht: „Daran ist kein wahres Wort!“, sei sich inzwischen aber nicht mehr sicher, ob Seipel den Heimwehren nicht doch allzu weitgehende Versprechungen gemacht habe.¹⁷³

Der Wiener Neustädter Aufmarsch unterstrich Steidles bundespolitische Ambitionen ebenso wie Pfrimers territoriales Ausgreifen. Diese Konstellation machte einen erneuten Schulterchluss notwendig. Noch Anfang Juli hatte eher der gegenteilige Eindruck vorgeherrscht: Pfrimer bezeichnete „den Bund“ abschätzig als einen „Zweckverband vollkommen selbständiger Landesverbände“, während Bachofen die Auffassung vertrat, der Bundesleitung komme keineswegs nur eine „vermittelnde Stellung“ zu.¹⁷⁴ Diakow folgerete deshalb am

¹⁶⁹ Kompetenzstreitigkeiten waren allerdings weiterhin an der Tagesordnung: So beschwerte sich Pabst bei Rauter: „Heute muß ich aber ein ernstes Wort mit Ihnen sprechen. So geht das nicht. Die technische Durchführung von W.N. ist Ihre Sache, die propagandistische meine.“ (Nl. Diakow 41, Pabst an Rauter, 13.9.1928).

¹⁷⁰ Vgl. Schober-Archiv 21, Tagesnotizen 7.9. (Steidle: „Das sei gewiß nicht ausgeschlossen, würde aber auf die Heimwehren einen schlechten Eindruck machen“) u. 2.10.1928 (Seipel habe Schober gebeten, er solle Pfrimer und Steidle wegen einer freiwilligen Verschiebung zureden); vgl. auch McLOUGHLIN, *Schutzbund* (wie Anm. 2), 284f.

¹⁷¹ Diesmal war Diakow ausnahmsweise nicht der Meinung seines Kameraden: Er hielt die Indiskretion für nützlich, weil in der Steiermark „die Geistlichkeit schon seit einiger Zeit ausläßt“. (Nl. Diakow 41, Diakow an Pabst, 1.9.1928.)

¹⁷² Nl. Diakow 41, Pabst an Diakow, 31.8.1928. Der ungarische Gesandtschaftsrat Bela Janky formulierte wenig später, am 20. September, ähnlich bedauernd: „Der 7. Oktober wird stattfinden, es ist aber zu befürchten, daß die Sozis der offenen Niederlage ausweichen, so hat vorgestern auf einer Geheimsitzung des Republikanischen Schutzbundes General Körner erklärt, den vorbereiteten Faschisten dürfe kein Sieg gewährt werden, also keinerlei Widerstand.“ (Lajos KEREKES, Akten zu den geheimen Verbindungen zwischen der Bethlen-Regierung und der österreichischen Heimwehrbewegung. In: *Acta Historica* 11 (1965), 299–339, hier 318).

¹⁷³ StPNR III 1638; auf dem Parteitag im September 1928 zwei Wochen zuvor verteidigte Bauer den Kanzler: Seipel sei sicher kein Faschist, es frage sich nur, ob er die Kraft habe, die Republik zu verteidigen (Otto BAUER, *Werkausgabe*, Bd. 5, Wien 1978, 512).

¹⁷⁴ Nl. Diakow 41, Pfrimer 2.7.1928, Bachofen an Pfrimer 4.7.1928. Pabst streute Bachofen seitens

12. Juli schon düster: „Es wird nur zu überlegen sein, ob (oder vielleicht das weniger), aber wie der Schnitt zu führen sein wird.“¹⁷⁵ Doch binnen weniger Wochen herrschte wiederum eitel Wonne. Pabst war freudig überrascht: Die Besprechung mit Pfrimer am 18. Juli habe zu sehr erfreulichen Ergebnissen geführt. Er signalisierte Diakow, Pfrimer sei einverstanden, „daß Du mein Stellvertreter“ wirst.¹⁷⁶ Im Gegenzug wurde Pfrimer neben Steidle als 2. Bundesführer kooptiert. Pabst resümierte: „Hoffentlich haben wir vorgestern den richtigen Weg gewählt und der ‚Ausbrecher‘ geht zwischen den beiden Führungspferden die Einlaufgerade richtig bis zum Ziel.“¹⁷⁷

Die wechselseitigen Kooptierungen im Bund sollten freilich auch Folgen auf Landesebene nach sich ziehen, wo ein zweiter Anlauf zur Verschmelzung von Heimatschutz und Heimwehr unternommen wurde. Wieder war das Muster einfach, die personellen Details komplex: Die stärkere Einbindung Pfrimers in den Bund war mit einer stärkeren Einbindung des Heimwehrgebiets in Pfrimers Machtbereich junktiniert. Bisher war die militärische Führung de facto weiterhin getrennt geblieben (siehe: Demarkationslinie), hatten zwei getrennte Landesleitungen fortbestanden. Doch: Während „wir in Salzburg betrieben, fielen in der Steiermark, d. h. im Heimwehrgebiet, die letzten Würfel“, berichtete Diakow nunmehr larmoyant. Was ihn dabei besonders irritierte: Der erste Anstoß zum Umsturz der bisherigen Verhältnisse kam nicht von Pfrimers Leuten, sondern vom weststeirischen Gauleiter Huber, der unerwartet seine Demission überreichte. Diakow folgerte: „Daß der überaus ehrgeizige Huber seine Stellung nicht wirklich im Ernst niederlegt, ist allen klar.“ Huber gelte seit der Köflacher Tagung als „hervorragender, im Heimwehrbereich allein tätiger Führer“. Sein Schritt könne nur als Misstrauensvotum gedacht sein und solle offenbar den Sturz der Landesleitung nach sich ziehen. Doch Huber „kann nicht anders als im Auftrag handeln. Das ist die zweite unumstößliche Tatsache, mit der wir rechnen müssen.“¹⁷⁸ Pabst wies prompt auf den offenkundigen Verdächtigen: „Ob nicht ‚Anatol‘ dahintersteckt, der die Gelegenheit benützt hat, seine Kreatur Huber aufzuhetzen?“¹⁷⁹

Der zweite Vorstoß Hubers binnen weniger Monate hatte immerhin zur Folge, dass Diakow gute Miene zum bösen Spiel machte, was die Übergabe

der Bundesleitung Blumen: „Bei allen fortgesetzten Reibereien ist es wohltuend, wenn sich jemand als Gentleman erweist.“ (Pabst an Diakow, 12.7.1928).

¹⁷⁵ Nl. Diakow 41, Diakow an Pabst, 12.7.1928.

¹⁷⁶ Nl. Diakow 41, Pabst an Diakow, 28.7.1928.

¹⁷⁷ Nl. Diakow 41, Pabst an Diakow, 20.7.1928.

¹⁷⁸ Nl. Diakow 41, Diakow an Pabst, 8.9.1928.

¹⁷⁹ Nl. Diakow 41, Pabst an Diakow, 18.10.1928.

seiner steirischen Kompetenzen an Pfrimer betraf. Am 11. Oktober besprach er mit Pfrimer bereits die administrativen Details der Verschmelzung wie die Übernahme oder Auflösung der Grazer Heimwehrkanzlei (Peter-Leiningen bezog 300 S pro Monat, eine Hilfskraft 160 S). Gottwald und er seien bereit, vom militärischen Kommando zurückzutreten; doch Pranckh als militärischer Führer werde im Heimwehrebereich nicht ganz leicht durchzusetzen sein. Auch Rauter als Stabsleiter werde nur langsam Fuß fassen; er empfahl Pfrimer deshalb, Peter-Leiningen vorerst als Geschäftsführer zu behalten.¹⁸⁰ Sein gutgemeinter Rat lautete: „Der Erfolg in Einigungsfragen hängt wesentlich von der Art der Inszenierung ab. /.../ Die Gegner dürften nicht gleich anfangs ahnen, wie weitgehend die Einigung geplant ist.“¹⁸¹

Schließlich, so meldete er am 26. Oktober, habe gestern die „denkwürdige Sitzung“ stattgefunden, „wo der restlose Zusammenschluß einstimmig beschlossen“ wurde. „Lauterstes Streben für die Sache und unlauteres persönliches Streben sind hier ein Stück Weges gemeinsam gegangen.“ Allerdings zollte Diakow diesmal Pfrimer das Kompliment, er habe „äußerst geschickt operiert“. So beauftragte er Gottwald und Diakow noch bis Jahresende mit der Fortführung der militärischen Agenden, „obwohl Huber sofort die Gelegenheit benützte, Pranckh als Landesführer vorzuschlagen“.¹⁸² Auch das Protokoll verweist neuerlich auf den erstaunlichen Gleichklang (wenn schon nicht die Achse) von Huber und Rauter, die beide gegen den Landbund vom Leder zogen, der überall nur Schwierigkeiten mache: „Winkler sei der größte Feind, welcher offiziell dafür ist, hinter dem Rücken aber dagegen arbeite.“¹⁸³

Freilich: Dieser Gleichklang von Rintelens und Pfrimers „Männern fürs Grobe“ war nicht von langer Dauer. Schon Ende 1928 bezeichnete Diakow in einem Memorandum den Kampf zwischen den beiden Gruppen für „unver-

¹⁸⁰ Nl. Diakow 41, Diakow an Pfrimer, 11.10.1928. Schwierig gestaltete sich hingegen die Unterbringung Sacher-Masochs.

¹⁸¹ Nl. Diakow 41, Diakow an Pfrimer, 12.10.1928.

¹⁸² Nl. Diakow 41, Diakow an Pabst, 26.10.1928. Als Teilnehmer verzeichnet das Protokoll vom Heimatschutz Arbesser (Murtal), Flechner (Ennstal), Kurz (Leoben), Kammerhofer (Unteres Mürztal), Prikop (Oberes Mürztal), Edelsbrunner (Frohnleiten), Ragossnigg (Graz), Kubacsek (Gloggnitz), Gredler (Wr. Neustadt), Lengauer und Lichtenegger (Arbeiterverehrer), von der Heimwehr Gierlinger (Süd), Huber (West), Morsey (Ost), Pfufl (Hartberg), Peter-Leiningen (Weiz), Sparowitz (Graz-Ost), Vogel (Leibnitz), Unger (?).

¹⁸³ Nl. Diakow 41, Gauführersitzung 25.10.1928. Vor allem seine Rede, man brauche die Heimwehren nur, solange es den Schutzbund gäbe; ähnlich hatte sich – zur Enttäuschung Klimanns – auch Vizekanzler Hartleb auf dem Parteitag des oberösterreichischen Landbundes am 31.3.1928 geäußert: Im Zuge der Entpolitisierung der Exekutive müsse auch die Bewaffnung der Bevölkerung beseitigt werden (Grazer Tagblatt, 3.4.1928).

meidlich, bereits ausgebrochen und nicht mehr hintanzuhalten“. Die Rintelen-Gruppe sei im Herzen niemals für den Anschluss an Pfrimer gewesen; außerdem habe sie es unterlassen, rechtzeitig bindende Abmachungen zu treffen. Es sei ein grober Irrtum, wenn man glaube, dass die Bauern des Heimwehrbereiches Rauter und Arbesser als Erlöser erwarteten; ein noch gröberer Irrtum, wenn man der Ansicht sei, dass „Arbeiterredner bei Bauern auf sonderliche Erfolge zu rechnen haben“.¹⁸⁴

Rintelen, so hieß es, suche jetzt wiederum das Bündnis mit Steidle und der Bundesführung. Diakow arrangierte – trotz diverser Eifersüchteleien¹⁸⁵ – am 24. Jänner 1929 ein Treffen mit Steidle. Ein offizielles Eingreifen der christlich-sozialen Partei lehnte er jedoch weiterhin ab. Denn ein solches Eingreifen würde auch die anderen Parteien, insbesondere den Landbund, auf den Plan rufen und die Heimwehr zerstören. Er wolle sich stattdessen für eine weitgehende Autonomie des ehemaligen Heimwehrbereichs einsetzen.¹⁸⁶ Die Ereignisse sollten Diakow recht geben: Denn gerade in dem bewussten Gebiet, der Südsteiermark, wurden – zum Unterschied vom Mur- und Mürztal – kaum ein Jahr später aus Landbundkreisen die ersten „Bauernwehren“ gegründet, die gegen die Heimwehr Stellung bezogen.¹⁸⁷ Diakow selbst meldete am 1. Februar 1929 als „einfaches Mitglied“ seinen Beitritt zur Tiroler Heimwehr an und wäre gerne noch „bis zum finish“ 2. Bundesstabsleiter geblieben;¹⁸⁸ dazu kam es nicht: 1930/31 wechselte er schließlich ins Kriegsarchiv als Mitarbeiter an „Österreich-Ungarns letzter Krieg“.¹⁸⁹

¹⁸⁴ Nl. Diakow 41, Stand Heimwehrformationen, 30.12.1928.

¹⁸⁵ Steidle schrieb am 24., Diakow solle „A. ausdrücklich sagen, daß ich es überhaupt für zwecklos halte, daß wir jemals noch miteinander irgendeine Unterredung halten, wenn er jeder dummen Ohrenbläselei und jedem Geschichtenerzähler so großes Gewicht beilegt“; Rintelen war zunächst für den 26. „schon vergeben“, lenkte dann aber doch ein (Diakow an Steidle, 20.1.1929).

¹⁸⁶ Nl. Diakow 42, „Autonomie-Protokoll“, 23.1.1929. Eine Gruppe von Gauführern forderte am 27.1.1929 eine energischere Vertretung der Interessen des ehemaligen Heimwehrgebietes, am 12. Februar erhob Pfrimer daraufhin persönliche Anschuldigungen an die Adresse Diakows, Promemoria Obstl. J. Weiß, 2.4.1929.

¹⁸⁷ Bei einer Vertrauensmännerversammlung in Straden am 15. Dezember 1929 wurde ein „Ausschuß für die Gründung selbständiger Bauernwehren“ eingesetzt (Wiener Neueste Nachrichten, 25.12.1929); vgl. auch HAAS, Vergessene Bauernpartei (wie Anm. 133), 227f., der die Versammlung eine Woche später ansetzt; die ‚Dötz‘ (25.12.) bezeichnete ihren Einberufer Kindler übrigens als den „Führer der untersteirischen Direktträger“.

¹⁸⁸ Nl. Diakow 42, Diakow an Pabst, 30.4.1929.

¹⁸⁹ BLASI, Diakow (wie Anm. 22), 84f. Diakow beschwerte sich später, Steidle und Pfrimer hätten ihm zwar versprochen, sich für ihn einzusetzen, aber „keiner der Herren, die der Kameradschaft nach verpflichtet gewesen wären, die Aufmerksamkeit des Herrn Bundeskanzlers auf mich zu

Unvorhergesehenerweise beschäftigte die Steirer am 25. Oktober 1928 noch ein weiteres Thema, nämlich die Wahl des militärischen Bundesführers. Die „Exzellenz“, FML Pichler, war zehn Tage nach dem Neustädter Aufmarsch verschieden. Pfrimer war ganz auf Hülgerth als Nachfolger eingestellt, sei aber wankend geworden, als Rauter einwarf, dass Hülgerth doch nur ein Troupier sei, General Carl v. Bardolff, Franz Ferdinands ehemaliger Büroleiter, hingegen ein äußerst tüchtiger Generalstäbler und, was besonders wertvoll sei, auch politisch überaus hochstehend. Dieser Vorschlag stieß bei den Steirern jeglicher Couleur, von Gottwald abwärts, auf allgemeine Zustimmung: „Wenn Bardolff annimmt, wäre er zweifellos der Berufene.“ Auch Diakow ging die hervorstechenden Führer „unserer alten Armee“ durch: „Sie sind an sich spärlich gesät, jetzt meist schon zu alt.“ Er kam daher auch nicht über Bardolff hinweg, entschied sich aber nach langem Für und Wider doch für Hülgerth, der einen populären Namen habe und „überaus gerade denkend“ sei.¹⁹⁰

Freilich, Bardolff nahm nicht an – er wäre mit einem Posten wohl auch nicht recht glücklich gewesen, den Pichler selbst eigentlich als „Dekorationsstück“ beschrieben hatte. Also wählte eine Führerbesprechung, sprich: die Militärs unter sich, nach dem Innsbrucker Aufmarsch am 12. November im 2. Wahlgang, gegen die Stimmen der Steirer Rauter und Gottwald, mit 6 über 2 Stimmen – doch nicht Hülgerth, sondern den Wiener Heimatschutzführer Lustig-Prean, den General des Weltkrieges, nicht den Oberstleutnant.¹⁹¹ Steidle wollte eine eventuelle Missstimmung bei Hülgerth ausräumen und monierte sogleich den Formfehler: Die Wahl sei nicht ausgeschrieben gewesen und werde deshalb am 7. Dezember in Wien wiederholt.¹⁹² Auch Diakow räumte ein, die Wahl sei keine „rein militärische Angelegenheit“. Pabst ventilierte eine Lösung, Hülgerth einfach zunächst die drei südlichen Länder zu unterstellen.¹⁹³ Doch in Wien stimmten die Landesleitungen ab, sprich: die politischen Köpfe, und modifizierten das Innsbrucker Votum. Hülgerth wurde zum 1. militärischen Bundesführer ernannt, Lustig-Prean zu seinem Stellvertreter.¹⁹⁴

lenken, haben auch nur den geringsten Versuch dazu gemacht.“ (Nl. Diakow 47, Brief an NR Franz Binder, 22.11.1929), Diakow setzte jetzt auch auf Starhemberg, zu dem über Neustädter-Stürmer Verbindungen bestanden (ebd., Brief an Neustädter-Stürmer, 26.5.1930). Am 16.7.1930 sprach Diakow bei Schober vor, am 3. November wollte er ihn speziell über Graz informieren (Schober-Archiv 23, Tageszettel 1930).

¹⁹⁰ Nl. Diakow 41, Diakow an Pabst, 26.10.1928.

¹⁹¹ Nl. Diakow 41, Führerbesprechung 12./13.11.1928.

¹⁹² Nl. Diakow 41, Steidle an Hülgerth, 1.12.1928.

¹⁹³ Nl. Diakow 41, Diakow an Pfrimer, 19.12.1928.

¹⁹⁴ Nl. Diakow 41, Besprechung in Wien, 7.12.1928.

Die bundesweite Einigung vom Herbst 1928 wurde durch eine Regelung der Wiener Verhältnisse komplettiert. In Wien bestand eine Heimatschutzgruppe unter dem Alpenvereinsobmann und Schönerer-Biographen Hofrat Eduard Pichl, die sich aus akademischen Verbindungen rekrutierte (Korps Oberland, Deutsche Turner, Studentenfreikorps Heigl), ein Wiener Wehrverband aus christlichsozialen Parteigängern unter General Kasamas – und als überparteiliche Instanz die Gruppe um Major Emil Fey, seines Zeichens als geschäftsführender Vizepräsident des „Wirtschaftsverbandes der Militärgagisten“ langjähriger Interessensvertreter der pensionierten k.(u.)k. Offiziere.¹⁹⁵ Steidle sah in Fey den geeigneten Ansatzpunkt, in Wien zur Einigkeit zu gelangen. Nach langen Beratungen wurde Pichl als Landesleiter bestätigt, als sein Stellvertreter der Christlichsoziale Hemala kooptiert („der einzige Akademiker, der sich seit 20 Jahren mit der Arbeiterbewegung beschäftigt“), außerdem die Militärs Lustig-Prean, Kasamas und Fey. Anreiz zur Einigung bot die Versicherung, dem Wiener Finanzkomitee unter Generaldirektor Friedrich Schuster hätten sich „aus der Finanzwelt, aus Beamten- und Adelskreisen erstklassige Namen zur Verfügung gestellt“.¹⁹⁶

Pfrimer hatte den Wiener Kompromiss zwar mitgetragen, war damit aber nicht recht glücklich.¹⁹⁷ Einer seiner Leute, Gallian, kündigte zusammen mit einer Splittergruppe (Breitwieser-Gruppe) für den 18. Dezember Versammlungen mit Pfrimer an. Pabst erklärte umgehend, er könne nur hoffen, „daß die ganze Sache ein Privatunternehmen Gallians sei“; denn sonst läge ein Bruch der Vereinbarungen vor, und die Fortdauer der Finanzierung sei in Frage gestellt.¹⁹⁸ Pabst warf Gallian nichts weniger als ein „Verbrechen an unserer Sache“ vor: „Auf eigene Faust haben Sie nichts zu führen oder Sie müssen als Schädling bekämpft werden.“¹⁹⁹ An Pfrimer schrieb er, „ich kann natürlich nur annehmen, daß es sich um einen groben Missbrauch Ihres Namens handelt“. Denn die

¹⁹⁵ Georg J. E. MAUTNER MARKHOF, Major Emil Fey, Graz 2004, 46f.; Franz OSWALD, Die Stellung von Major a.D. Emil Fey in der Politik der Ersten Republik und des Ständestaates, phil. Diss. Wien 1964, 25f., 32.

¹⁹⁶ Schuster war vor 1918 Rothschild'scher Generaldirektor in Witkowitz gewesen; er übernahm als Vizepräsident der Grazer Handelskammer im Kabinett Schober 1930 als Nachfolger von Hainisch das Handelsministerium, unterstützte im Wahlkampf 1930 dann aber den Schober und nicht den Heimatblock. Bis 1928 hatte auch er dem Verwaltungsrat der Graz-Köflacher angehört (Grazer Tagblatt, 3.4.1928, S. 4).

¹⁹⁷ Nl. Diakow 41, Diakow an Pabst, 4.12.1928.

¹⁹⁸ Nl. Diakow 41, Pabst an Hülgerth, 14.12.1928; zur Breitwieser-Gruppe, die aus Wienern bestand, aber offenbar auch im Triesting-Tal aktiv war, vgl. WILTSCHEGG, Heimwehr 117; SCHWEIGER, Niederösterreichische Heimwehr (wie Anm. 75), 23.

¹⁹⁹ Nl. Diakow 41, Pabst an Diakow, 27.12.1928, mit Durchschlag des Briefes an Gallian.

Wiener Vereinbarungen vom 7. Dezember 1928 seien in Gegenwart des Bundeskanzlers abgeschlossen und bei Apold wiederholt worden.²⁰⁰ Bei solch schweren Geschützen gab Pfrimer nach und versprach die Abberufung Gallians. Ende Jänner einigte man sich auf einer Bundesführersitzung zumindest auf einen „Burgfrieden“ in Wien.²⁰¹

Auf der anderen Seite versuchte auch Diakow noch, seine erste Liebe – die Frontkämpfer – ins Spiel zu bringen. Zwar sei der „alte Vojak“ Hiltl „an seiner splendid isolation selbst schuld“,²⁰² wie Hülgerth es einmal formulierte, doch habe sich sein Verband als die „stärkste, älteste und kampfkraftigste Wiener antimarxistische Organisation“ eine gewisse Berücksichtigung verdient. In diesem Zusammenhang sah Diakow auch eine Rolle für sich selbst: „Ich könnte als Verbindungsoffizier zu den Frontkämpfern fungieren.“ Damit wäre „Steidle des direkten, öfteren Kontakts“ enthoben.²⁰³ Doch die Zeit der Frontkämpfer war abgelaufen; auch für Diakow fand sich im Rahmen der Heimwehraktivitäten keine führende Stellung mehr.²⁰⁴ Er wandte sich politisch wieder mehr dem Ude-Verband zu, der allerdings bei den Grazer Gemeinderatswahlen des Frühjahrs 1929 nicht mehr an seine Erfolge von 1926/27 anzuknüpfen vermochte.²⁰⁵

VI. Ausblick

Im Dezember 1928 legte Seipel in Graz noch einmal ein Bekenntnis zur Heimwehr ab.²⁰⁶ Seine Unterhändler ließen sich in Wien zur gleichen Zeit auf ein Abkommen mit den Sozialdemokraten ein, die ihre Obstruktion einstellten

²⁰⁰ Nl. Diakow 41, Pabst an Pfrimer, 14.12.1928.

²⁰¹ Nl. Diakow 42, Protokoll Bundesführersitzung, Graz, 27.1.1929.

²⁰² Nl. Diakow 40, Diakow an Pabst, 15.1.1929; Nl. Diakow 42, Diakow an Pabst, 17.1.1929.

²⁰³ Nl. Diakow 42, Diakow und Pabst, 13.3.1929.

²⁰⁴ Außerdem wurde Diakow nachträglich auch für den Einbruch in der Grazer Heimwehrkanzlei am 3. April 1929 verantwortlich gemacht, der dazu führte, dass Passagen aus den entwendeten Korrespondenzen in den nächsten Wochen genüsslich von der sozialdemokratischen Presse veröffentlicht wurden, wobei die echten Stücke aber angeblich mit Fälschungen gemischt wurden.

²⁰⁵ Nl. Diakow 47, Brief an Stadtbaumeister Robier, 25.4.1929. Der Ude-Verband hatte statt 9.000 nur mehr 2.600 Stimmen – und ein Mandat – in Graz erhalten. Im Vorfeld war offenbar mit den Großdeutschen über eine Listenkombination verhandelt worden: „Die Großdeutschen waren damals ganz klein, waren bereit, ihre belasteten Mandatare zu opfern, den neuen Namen ‚Deutscher Wirtschaftsbund‘ und eine Wahlgemeinschaft unabhängig von der Parteileitung zu akzeptieren.“ Doch dann habe eine Erkrankung Sernetz’ alles zunichte gemacht, mittlerweile sei „alles in die Brüche“ gegangen; vgl. auch BRUNNER, Entwicklung von Graz (wie Anm. 159), 257f.

²⁰⁶ WILTSCHEGG, Heimwehr 48.

gegen das Versprechen, die Reform des Mieterschutzes nicht ohne vorhergegangene Wahl oder Volksabstimmung Gesetz werden zu lassen. Als das Abkommen im April platzte, trat Seipel überraschend zurück und löste damit eine mehrwöchige Regierungskrise aus.²⁰⁷ Dieser taktische Rückzug erwies sich im Hinblick auf die Verfassungsnovelle vom Herbst 1929 als raffinierter Schachzug; im Frühjahr freilich waren Seipels Anhänger konsterniert. Zwar alarmierte der Kanzler noch am Tag vor seiner Demission Steidle und konferierte in den kritischen Wochen mehrmals mit ihm.²⁰⁸ Doch die Regierungsverhandlungen übernahm für die Christlichsozialen ein Team, das aus Verständigungsfreunden und Seipelskeptikern bestand: Fink, Fördermayr, Gürtler, Heintl und Kunschak.²⁰⁹

Die Bundesleitung der „Selbstschutzverbände“ richtete ein Rundschreiben an die Länder: Es ist „für unsere Bewegung von ausschlaggebender Bedeutung, wie sich die neue Regierung zusammensetzen wird. Ebensowenig kann zweifelhaft sein, daß wir nur eine Regierung brauchen können, die die Politik der Regierung Seipel uns gegenüber nicht nur fortführt, sondern die bestehenden Beziehungen möglichst noch enger gestaltet.“²¹⁰ Diese Hoffnung sollte vorerst jedoch nicht in Erfüllung gehen. Diakow war von Anfang an pessimistisch: Beim Rücktritt der Regierung Seipel „drehe es sich nur um die Abrüstung“; dabei handle es sich um einen Kurswechsel, den „alle Parteien begrüßen, ob offen, ob geheim“; das Volk – so war er überzeugt – wünsche sich eine Diktatur; aber „die Chancen sind gering für uns“.²¹¹

Mitte April fragten die Heimwehrführer erstmals an, ob Schober nicht die Kanzlerwürde übernehmen wolle, der vorerst jedoch ablehnte; Rintelen wiederum bat Schober am 25. April, vor der entscheidenden Sitzung des christlichsozialen Klubs, zwei seiner steirischen Abgeordneten (Pichler und Lesko-

²⁰⁷ Dieser Zusammenhang herausgearbeitet bei LUKAN, Mieterschutz (wie Anm. 9), 302–307. Im Hintergrund spielte auch der Konflikt mit dem Landbund wegen der polnischen Schweineeinfuhr eine Rolle.

²⁰⁸ Schober-Archiv 22, Tagesnotizen 3.4.1929: „Seipel hat an Steidle geschrieben, er soll sich bereit halten.“ Als Steidle am 8. April bei Seipel war, trafen auch Pfrimer und Rauter in Wien ein. Seitens der Industrie waren Ehrhart, Apold und Alfred Hauser (Präsident des Wiener Industriellenverbandes) schon am 4. April um 11 h bei Seipel (Apold-Tb.). Die „Stimmung im Hauptverband“ fasste Klimann zusammen: Man erhebe keine wirtschaftlichen Forderungen an die kommende Regierung, aber Vaugoin müsse Heeresminister bleiben (AdR, GdVP 7, Klubprotokoll 17.4.1929).

²⁰⁹ AdR, GdVP 7, Klubprotokoll 9.4.1929, Bericht Clessins.

²¹⁰ Nl. Diakow 42, Rundschreiben 7.4.1928.

²¹¹ Nl. Diakow 42, Diakow an Steidle, 10.4.1929.

vac) rechtzeitig nach Wien zu beordern, was Schober auch tat.²¹² Schobers Vertrauensmann Binder berichtete inzwischen aus dem christlichsozialen Klub, „daß es nicht Rintelen wird, sondern Landesrat Winkler wenigstens Finanzminister wird“.²¹³ Doch selbst zu dieser Minimalvariante kam es nicht. Rintelen und seine Steirer hatten sich im Frühjahr 1929 zwischen Seipel und der Länderfront offenbar zwischen alle Stühle gesetzt.

Der neue Landbund-Vizekanzler und Innenminister Vinzenz Schumy erließ prompt ein Verbot des Tragens von Waffen und Stahlhelmen in der Öffentlichkeit, eine Maßnahme, welche die Bundesleitung als unfreundlichen Akt auffasste, der – wie Steidle schrieb – von „einigen mir sehr wohl bekannten Beamten“ herrühre, welche schon lange Zeit feindselig eingestellt wären, „sich aber in der Regierung Seipel nicht herauswagten“.²¹⁴ Dennoch sollte sich die Krise als Chance erweisen. Die Heimwehren erlebten im Sommer und Herbst 1929 einen Aufschwung, der zum Teil mit auswärtiger Unterstützung zu tun hatte, zum Teil mit dem Kalkül Schobers und Seipels. Sie wurden als Drohkulisse für die Verabschiedung der Verfassungsreform von den etablierten politischen Parteien noch einmal gebraucht. Erst danach stieß die Nützlichkeit des Duos Steidle – Pfrimer an ihr Ablaufdatum.

Für die Steiermark ergab sich aus dem Regierungskrise vom April 1929, wenn man Diakow glauben darf, jedoch ein „einschneidender Stimmungswechsel“ in der entgegengesetzten Richtung. Denn auch Rintelen war mehrfach als Kanzlerkandidat genannt, aber schnell wieder fallen gelassen worden. In den Berichten Diakows an Steidle las sich das so: „Anton ist sich vollkommen bewußt, eine schwere Niederlage erlitten zu haben. /.../ Auch der wirklichen Ursache ist er inne geworden. Sein Ziel, die Kanzlerschaft, kann er nie gegen Sie, sondern nur mit Ihnen erreichen. Die Karten, auf die er beim letzten Rennen setzte,²¹⁵ erwiesen sich als schwächer.“²¹⁶ Rintelen hatte sich nach dem

²¹² Schober-Archiv 22, Tagesnotizen 25.4.1929, Notiz um 21h15. Rintelen hatte am 24. April auch Apold getroffen, der am 25. mit Pabst bei Meißl & Schadn zu Mittag speiste.

²¹³ Ebd., Notiz um 19h55.

²¹⁴ Nl. Diakow 42, Bundesleitung an Schumy, 15.5.1929.

²¹⁵ Das „Neue Wiener Journal“, dessen Chefredakteur Nagelstock sein Opfer Streeruwitz als Vertrauensmann Rintelens einstufte, sah gegen Ende der Regierungskrise eine Kombination Rintelen – Ramek als die „einzigen Retter der antimarxistischen Einheitsfront“ – also jene „Länderfront“, vor der das „Grazer Tagblatt“ vor Jahr und Tag gewarnt hatte ...; vgl. auch Werner DALAMASSL, Seipels Rücktritt und die Regierung Streeruwitz, phil. Diss. Wien 1964, 52, 215.

²¹⁶ Nl. Diakow 42, Diakow an Steidle, 13.5.1929. Diese Stimmung „bringt in engstem Kreise auch seine rechte Hand zum Ausdruck“, nämlich Oberst Wagner, „der als der Schlauch gilt, den alles zu A. passieren muß“ (Diakow an Steidle, 24.1.1929), mit dem Diakow schon im Jänner eine längere Unterredung geführt hatte, bei der sich Wagner über die kulturkämpferischen Aktivitä-

Juli 1927 um den Zusammenschluss der Heimwehren verdient gemacht. Sein Verhältnis zu ihren untereinander rivalisierenden Cliques und Anführern blieb jedoch diffus – und das lag wohl auch in seiner Absicht. Jedenfalls verband ihn weder mit Pfrimer noch mit Steidle ein besonderes Vertrauensverhältnis; die Heimwehrführer ihrerseits richteten ihre Blicke mehr und mehr auf Wien. Der Rücktritt Seipels mochte hier neue Perspektiven eröffnen; doch wurde der „Austro-Richelieu“ als Wiener Anlaufstelle bald von Schober als Ritter der Ehrenlegion abgelöst. Es drängt sich der Verdacht auf, dass im Vergleich dazu „König Anton“ für die Heimwehren auch weiterhin nur zweite Wahl blieb.

Was die Szenerie in der Steiermark betrifft, so entsteht auf den ersten Blick angesichts der rasch wechselnden Konstellationen ein Eindruck des Kampfes nahezu Aller gegen Alle. Dennoch muss festgehalten werden, dass Pfrimers 1928 im zweiten Anlauf durchgesetzte Führungsrolle immerhin bis zu seinem Desaster im September 1931 erhalten blieb. Zwar lassen sich viele Indizien dafür finden, dass das Konfliktpotential der alten Lagerstrukturen, z. B. zwischen katholischen Bauern und städtischen Akademikern, die ganze Zeit über latent erhalten blieb. Innerhalb der Führungsgremien waren aber im Zeitraum 1927–29 ganz offensichtlich andere Frontstellungen vorherrschend, gab es insbesondere ein Milieu der alten Offiziere und Aristokraten, das in der Regel aus geläuterten Freisinnigen bestand, scharf antimarxistisch, aber im übrigen ungebunden, nicht klerikal, aber auch nicht kulturkämpferisch, national, aber nicht alldeutsch gesinnt, und den traditionellen Lagerparteien mit deutlicher Reserve gegenüberstand.

Pfrimer, der schon 1928 als Großdeutsche Partei redivivus betrachtet wurde, fiel in dieser Beziehung angesichts der Schwäche der steirischen Großdeutschen, die in anderen Ländern nicht so ausgeprägt war, eine gewisse Platzhalterrolle im nationalen Lager zu.²¹⁷ Die Intrigen des Frühjahrs 1928 – die Kampagne gegen Rintelen auf der einen Seite, die mit neuerlichen Spannungen innerhalb der nur nach außen hin vereinigten Heimwehrbewegung zusammenfiel – lassen sich in ihren Wechselwirkungen und Zusammenhängen aus dem vorliegenden Material nicht mit letzter Sicherheit erhellen. Die immer wiederkehrenden taktischen Allianzen seines Stabsleiters Rauter mit Rintelens Ver-

ten („Feste altgermanischen Kultes“) der Pfrimer-Leute beschwerte. Diakow versprach, sich in den Dienst der Sache zu stellen, gegen das Versprechen, dass ein Eingreifen der christlichsozialen Partei hintangehalten werde, weil sonst auch der Landbund auf den Plan gerufen würde und ein Kampf aller gegen alle entstünde (Gedächtnisprotokoll, 22.1.1929).

²¹⁷ Apold notierte dazu auch: „Hampel will mich veranlassen, auf Pfrimer dahin einzuwirken, dass er sich politische Instruktionen bei der Großdeutschen Partei einhole, was ich auf das Entschiedenste ablehne.“ (Apold-Tb. 4.12.1928).

trauensmann Huber bilden eine Facette, die nicht überschätzt, aber als Übergangsphänomen durchaus gewürdigt werden sollte. Die starken Männer im Hintergrund distanzieren sich zuweilen von den Aktivitäten ihrer übereifrigen Mitarbeiter, ließen sie aber nie ganz fallen. Der „Bewegungskrieg“, den Steidle herbeigesehnt hatte, führte notwendigerweise auch zu häufig, ja nahezu kaleidoskopisch wechselnden Allianzen.